

Wöchentlich 25 Pf., monatlich 2,60 M.
Im voraus zahlbar. Postbezugs 4,32 M.
einschl. Postgebühren. Auslandsbestellung
6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zwei Mal, Sonntags und Montags
einmal, die Übersetzungen für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
Unterhaltung und Witz, „Frauen-
stimme“, „Lehrling“, „Was ist die
Vorgewelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verantwortlicher: Pöndhoff 202-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollfr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

Sonabend
17. November 1928

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration
40 Pfennig. Restanteile 4.— Reichs-
markt. „Kleine Anzeigen“ des letzter-
gedruckten Wort 25 Pfennig (gleichmäßig zwei-
seitiggedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stichengeld für das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für
Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 3, wochentags, von 9 1/2 bis 17 Uhr

Reichstag für Panzerschiff.

Der sozialdemokratische Antrag mit 255 gegen 203 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt!

Der Reichstag lehnte gestern in namentlicher Abstimmung den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Panzerschiffbaues mit 255 gegen 203 Stimmen bei 8 Enthaltungen ab.

Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Fünf Tage Reichstag. Drei Tage spricht man über die Ausperrung an der Ruhr; Beschlüsse werden zunächst nicht gefaßt. Dann zwei Tage über das Panzerschiff. Beschluss: Das Panzerschiff wird gebaut.

Herr Wirth sprach gestern von einer Krise des parlamentarischen Systems. Er sprach sehr lebhaft und schien an dieser Krise der Sozialdemokratie einen Teil der Schuld zu geben. Nun ist trotz alledem diese Krise nicht da, aber wenn der Reichstag im Volk an Ansehen verliert, so zeigen die angegebenen Tatsachen klar genug, was die Ursache davon ist.

Die Sozialdemokratie stand gestern mit ihrem Panzerschiffantrag gegen einen allbürgerlichen Block. Im alten Reichstag war das anders. Da stimmten die Demokraten und ein paar andere Bürgerliche mit den Sozialdemokraten. Diesmal wich alles, was bürgerlich ist, vor der militärischen Forderung zurück. Auch die Demokraten.

Die demokratische Presse findet manchmal in mancherlei Angelegenheiten härtere Töne als der „Vorwärts“. So hat erst neulich Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ einen glänzenden Artikel gegen den Reichswehrminister Groener hingelegt. Ermahnung zum Mannesmut vor ordnungsgeschmückten Brüsten. Motto: „Ihr seid mir scheene Republikaner!“ (Friedrich August von Sachsen). Und der junge Abgeordnete Lemmer, der gestern sein Talent und seinen guten Ruf an eine weniger gute Sache verschwenden, hat noch einmal überzeugend die Gründe dargelegt, die gegen den Bau des Panzerschiffs sprechen. Schlussfolgerung: Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab, weil —? Nun, weil das Kabinett in seiner Sitzung vom 10. August glaubte, den Beschluss des alten Reichstags respektieren zu müssen. Das mag falsch oder richtig gewesen sein, aber daß der neue Reichstag die Beschlüsse des alten respektieren muß, steht ganz gewiß in keiner Haushaltsordnung und in keiner Verfassung.

Die Demokraten haben für ihr Verhalten noch eine andere Erklärung. Sie hätten — gewissermaßen auch uns zu Gefallen — eine Krise in der besonders gefährlichen Form eines Militärkonflikts verhindern wollen. Die Sozialdemokratie ist für ihr Teil vor einer solchen Krise nicht zurückgeschreckt. Eines ist jedoch zuzugeben: Wäre gestern das Panzerschiff abgelehnt worden, so wäre daraus eine Situation entstanden, die von der ganzen ablehnenden Mehrheit eine gewisse Nervenkraft verlangt hätte. Ob die vorhanden gewesen wäre? Dahinter kann man allerdings ein Fragezeichen stellen!

Die demokratische Presse — auch darüber muß einmal offen gesprochen werden — ist nicht nur oft in Worten, denen keine entsprechenden Taten ihrer Partei folgen, schärfer als der „Vorwärts“, sie übertrifft ihn auch an Fülle der Nachrichten. Ueber jede Kabinettsitzung, die durch Amtsgeheimnis gedeckt ist, über jede vertrauliche Besprechung der Parteiführer, über jedes Gespräch des Reichspräsidenten mit dem Reichskanzler berichtet sie ausführlich. Wieviel Wahrheit in diesen Berichten ist und welche Verwirrung durch sie angerichtet wird, darauf kommt es weniger an.

Ein paar Beispiele, gleich von heute. Da hat Breitfeld gestern eine ausgezeichnete Rede gehalten, in der er sich zu Breits bekannt und nicht um Haarsbreite von dessen Rede abrückte. Das „Berliner Tageblatt“ aber erzählt seinen Lesern, Breitfeld habe „die Beschwichtigungs-erklärungen abgegeben, die in der Fraktionsführerbesprechung des gestrigen Vormittags verlangt worden sind“. In Wirklichkeit hat Breitfeld an die blamable Situation erinnert, in der die Deutschnationalen nach einer Rede des Grafen Westarp „Beschwichtigungs-erklärungen“ abgeben mußten, und hat erklärt, daß er nicht daran denke, etwas Ähnliches zu tun.

Die „Bosfische Zeitung“ wendet die sozialdemokratischen

Unterhändler hätten „zugestanden, daß nach der Ablehnung des Antrages die Bewilligung der zweiten Raurate für die Sozialdemokratie eine selbstverständliche Konsequenz sei“. In Wirklichkeit liegt die Sache freilich so, daß nach der nochmaligen Bewilligung des Panzerschiffs durch den Reichstag ein großer Kampf um die zweite Rate eine aussichtslose Sache wäre — das hat der Berichterstatter der „Bosfischen Zeitung“ schon aus der Haltung seiner eigenen Partei entnehmen können. Aber eine Erklärung, wie sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der zweiten Rate verhalten werde, ist nicht abgegeben worden und konnte gar nicht abgegeben werden, da sich die Fraktion mit dieser Angelegenheit noch gar nicht beschäftigt hat.

Tatsache bleibt: der Reichstag hat in einer schwerwiegenden politischen Angelegenheit gegen die Sozialdemokratie entschieden. Ueber die Schlussfolgerungen, die aus dieser Tatsache zu ziehen sind, werden die Fraktion und der Parteiauschuß, der zu Montag einberufen ist, zu befinden haben. Inzwischen aber sind neue Verhandlungen im Zuge, die eine noch viel wichtigere Sache betreffen, nämlich die Frage, wie sich der Reichstag zu den Ausgesperrten an der Ruhr verhalten will. In diesen Verhandlungen zeigt die Sozialdemokratie das ernsteste Bestreben, zusammen mit den Parteien, mit denen sie in der Regierung sitzt, etwas für die Arbeiter herauszuholen. Das wird verstanden werden, denn hätte sich die Sozialdemokratie wegen ihrer Abstimmungs-niederlage in den Schmolzwinkel zurückgezogen und von sich aus eine Regierungskrise eröffnet, so wäre weder eine aktionsfähige Regierung, noch eine Mehrheit dagewesen, von denen überhaupt etwas verlangt werden kann. Der Kommunist Stöcker hat gestern mit grinsendem Behagen vorausgesetzt, daß aus diesen Verhandlungen nichts herauskommen würde. Je mehr der Reichstag verlor und desto größer das Elend wird, desto schöner blüht, so meint er, das kommunistische Geschäft.

Die Arbeiter würden freilich sich selber den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie wegen des Verlaufs des Reichstags die Arbeiterbewegung weiter spalten und schwächen würden. Ihnen sagen der Panzerschiff-Beschluß des Reich-

tags und die schwankenden Aussichten der Verhandlungen über die Ausperrung etwas ganz anderes. Ihnen sagen sie, daß die Sozialdemokratie noch viel stärker, die Einheit der Arbeiterbewegung noch viel geschlossener werden muß, wenn bessere Zeiten herbeigeführt werden sollen.

Rein, die Sozialdemokratie gibt keine „Beschwichtigungs-erklärungen“ ab. Sie unterstreicht, was Weis und Breitfeld in voller Uebereinstimmung ausgeführt haben. Sie läßt sich auch nicht — und darum hat sie gestern die kommunistischen „Rücktrahensanträge“ abgelehnt — ihre Taktik von den Kommunisten vorschreiben. Sie steht vor den bürgerlichen Parteien als Fordernde, und ihre nächste Forderung heißt:

Helft den Ausgesperrten!

Die Abstimmung der Sozialdemokraten.

Geschlossen, in voller Uebereinstimmung zwischen Fraktion und Ministern, hat die Sozialdemokratie die große Schlacht um den Panzerkreuzerbau im Reichstag geschlagen. Sie hat bis zur letzten Minute um die Annahme ihres Antrages gekämpft und dann von ihren 153 Stimmen 151 für die Einstellung des Baues in die Waagschale geworfen. Zwei ihrer Abgeordneten fehlten: der Dortmunder Polizeipräsident Lübbring wegen dringender dienstlicher Geschäfte im Ausperrungsgebiet und der schlesische Abgeordnete Feldmann, den zurzeit eine schwere Krankheit an der Ausübung seines Mandats hindert.

Sozialdemokratischer Parteiauschuß.

Besprechung der politischen Lage.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat die Kontrollkommission und den Parteiauschuß zum kommenden Montag nach Berlin berufen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: „Erörterung der politischen Lage“.

Heute letzter Vermittlungsversuch.

Das Ziel der Unternehmer — Ausschaltung des Staates.

Köln, 16. November. (Eigenbericht.)
Wie wir erfahren, sind die Parteien für morgen zu gemeinsamen Verhandlungen zum Regierungspräsidenten geladen. Die Aussichten auf Einigung sind jedoch sehr gering. Den Unternehmern kommt es offenbar nicht so sehr auf die Höhe der zu vereinbarenden Löhne an, sondern auf die Verschlagung des Schlichtungswesens, auf die Ausschaltung des Staates bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Noch keine Annäherung der Parteien!

Bochum, 16. November. (Eigenbericht.)
Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat am Freitagnachmittag folgendes Kommuniqué verbreiten lassen: Die Vorverhandlungen haben ein abschließendes Ergebnis bisher noch nicht gehabt. Als Ergebnis der bisherigen Verhandlungen ist festzustellen, daß die Arbeitgeber bereit sind, die im Wege der Vereinbarung bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Sie sind bereit, über das erste Angebot hinaus vereinzelt Gruppen Lohnerhöhungen zu bewilligen und auch auf dem Gebiet der

Arbeitszeit Entgegenkommen zu zeigen. Das Entgegenkommen geht jedoch nicht bis an den Schiedspruch heran. Nach Angabe der Arbeitgeber ist der Grund lediglich in der Untragbarkeit der neuensiehenden finanziellen Belastung zu erblicken.

Auch die Vertreter der Arbeiter haben sich grundsätzlich zu Verhandlungen bereit erklärt. Sie haben sich jedoch nicht entschließen können, von dem Schiedspruch abzugehen. Sie fordern, daß der Prozeß vor dem Arbeitsgericht zu Ende geführt wird. Auch sind sie bereit, das Abkommen über die Arbeitszeitregelung in die Verhandlungen einzubeziehen, obwohl die Kündigung des Arbeitszeitabkommens erst zum 31. Dezember ausgesprochen werden kann.

Die Arbeitgeber verlangen jedoch vor Wiederaufnahme der Arbeit endgültige Vereinbarungen über Lohn und Arbeitszeit.

Verhandlungen über Zwischenlösungen, die darauf ausgehen, die Wiederaufnahme der Arbeit dennoch sofort zu ermöglichen, haben zum Ziele nicht geführt. Beide Parteien werden noch einmal zu gemeinsamen Verhandlungen, in denen namentlich die letzte Frage behandelt werden soll, eingeladen werden.

Reichstag und Ruhrkampf.

Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Freitagvormittag mit den ihm vom Plenum überwiesenen Anträgen zum Eisenkonflikt.

Reichsarbeitsminister Bissell

führte auf Grund seiner persönlichen Eindrücke im Ruhrgebiet aus, daß das Verhältnis der Parteien zueinander noch überaus gespannt sei. Er sehe im Augenblick eine Lösung der Differenzen nicht, doch seien die Fäden nicht abgerissen. Der Regierungspräsident Bergemann werde die Parteien noch einmal zu sich bitten. Eine gemeinsame Sitzung mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei bis jetzt noch nicht möglich gewesen. Die Hauptschwierigkeiten lägen in der Frage, ob sich eine Lösung finden lasse, die die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglicht, ohne daß die Rechtsfragen damit schon endgültig geklärt sein sollten. Auf Arbeitgeberseite scheine für eine endgültige Lösung Neigung zu bestehen. Die Arbeitnehmersidee scheine einer Endlösung abgeneigt. Doch seien die Verhandlungen nicht abgebrochen, und es bestehe die Möglichkeit — ich will nicht logen, so erklärte der Minister, Wahrscheinlichkeit — eine Basis zu finden, auf der sich die Parteien über die vorläufige Wiederaufnahme der Arbeit einigen könnten.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache erklärte Ministerialdirigent Dr. Weigert: Die Arbeitslosenversicherung unterzieht gegenwärtig 670 000 Arbeitslose. Wenn auch nur die 230 000 Ausgesperrten hinzukommen, so würde die Versicherung, die gegenwärtig noch einen kleinen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben aufweisen kann, dadurch sofort in ein Defizit kommen. Dabei steht der Winter bevor. Wir müssen damit rechnen, daß die Versicherung auf jeden Fall großen Belastungen in den nächsten Monaten entgegengeht, auch dann, wenn die Frage der Saisonarbeiter so geregelt wird, wie die Reichsregierung es vorschlagen beobachtet. Der Versicherung muß also die finanzielle Belastung, die der Zentrumsantrag mit sich bringen würde, unbedingt eripart werden.

Nach etwas weiteres muß vom Standpunkt der Versicherung erheben werden. Die Organe der Anstalt dürfen nicht mit der Entscheidung darüber belastet werden, ob der Schiedspruch rechtswirksam ist oder nicht und ob in Zukunft ein Tarifvertrag oder ein Schiedspruch rechtswirksam sein wird oder nicht. Es würde ihnen übrigens gar nichts anderes übrig bleiben, wenn ihnen solche Entscheidungen übertragen werden würden, als abzuwarten, wie diese Frage im arbeitsgerichtlichen Verfahren entschieden wird. Damit würde sich also die Entscheidung über die Unterstützung sehr weit verzögern, und es müßte doch zunächst eine andere Fürsorgeform eintreten.

Die Frage, ob die Reichsanstalt mit der Durchführung einer Fürsorge für die Ausgesperrten betraut werden soll, ist eine technische Frage, gegen die Bedenken bestehen. Die Gemeinden haben bereits die Fürsorge organisiert. Sie haben auch ganz andere Hilfsmittel dafür zur Verfügung als die Reichsanstalt. Die Reichsanstalt würde diese Hilfsmittel ihrerseits in Anspruch nehmen müssen und dadurch in schwierige Auseinandersetzungen mit den Gemeinden geraten. Die Arbeitsämter, die gerade jetzt ihre eigentliche Vermittlungsarbeit beginnen sollen, würden durch das umfangreiche Auszahlungsgeschäft so stark belastet werden, daß sie für nichts anderes mehr Zeit übrig hätten. Diese Belastung würde noch steigen, wenn man, wie der Zentrumsantrag dies aus durchaus verständlichen Gründen tut, der neuen Regelung rückwirkende Kraft beilegt.

Die Bestimmungen des Versicherungsgesetzes können ebenfalls aus technischen Gründen auf den vorliegenden Fall nicht angewandt werden. Der Weg über die Arbeitslosenversicherung und über die Reichsanstalt kann also nur gewählt werden, wenn tatsächlich gar keine andere Möglichkeit für die ausreichende Unterstützung der Ausgesperrten gegeben ist.

Die Ministerien verhandeln.

In der Abend Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages gab Ministerialrat Sittler vom Reichsarbeitsministerium folgende Erklärung ab:

„Am Freitagmorgen hat der Ausschuss die Regierung um eine Stellungnahme zu den verschiedenen Fürsorgeanträgen gebeten. Infolgedessen sind die beteiligten Reichsministerien in gemeinsame Verhandlungen eingetreten und haben auch Fühlung mit den preussischen Ressorts genommen. Jeder haben diese Verhandlungen infolge der außerordentlichen Inanspruchnahme der Minister durch die parlamentarischen Arbeiten noch nicht zu einem Abschluß gebracht werden können. Sie dauern noch an. Die erbetenen Mitteilungen können erst am Sonnabend gemacht werden.“

Auf diese Erklärung hin sprachen sich die Redner des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten für die Notwendigkeit aus, erst das Verhandlungsergebnis der zuständigen Ministerien abzuwarten. Der Ausschuss schloß sich in seiner Mehrheit dieser Ansicht an. — Nächste Sitzung Sonnabendvormittag.

Hausbesitzer für Ausgesperrte.

Gegen den Willkürakt der Scharfmacher.

In der „Allgemeinen Hausbesitzer-Zeitung“, dem Organ der auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Haus- und Grundbesitzer, wird in der Ausgabe, die am 20. November herauskommt, ein bemerkenswerter Appell zu den Ruhr-Ausgesperrten veröffentlicht. Es heißt darin, daß in dem schweren Ringen um eine geringfügige Besserung ihres Arbeitsverdienstes alle republikanisch gesinnten Männer und Frauen der deutschen Republik mit ihrer Sympathie an der Seite der an der Arbeit Gehinderten ständen. Die Ablehnung des Schiedspruches seitens maßgebender Wirtschaftskreise sei ein Willkürakt, der sich gegen die Autorität des Staates richte. Je länger diese Willkür dauere, um so schwerer würden die Folgen für die davon betroffenen Mieterschichten. Deshalb werde an die Hausbesitzer und Freunde der Bewegung die dringende Bitte gerichtet, bei etwa aus Anlaß der Ausperrung entstandenen Mieterschulden das weitestgehende Entgegenkommen zu zeigen und jede irgendwie geartete Zwangsmaßnahme gegen die ausgesperrte Mieterschaft zu unterlassen.

Fertigstellung der Wahlrechtsvorlage.

Wie verlautet, ist im Reichsministerium des Innern der Referentenentwurf eines Wahlrechtsgesetzes, der u. a. eine kontingentierte Reichsliste vorsieht, fertiggestellt worden. Der Reichsminister des Innern wird sich voraussichtlich in der nächsten Woche entscheiden, ob er die Vorlage in der jetzigen Form an das Reichskabinett gelangen läßt.

Poincaré hat schwer enttäuscht.

Lebensdauer der Regierung pessimistisch beurteilt.

Paris, 16. November. (Eigenbericht.)

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hat, wie sich nach ihrem kurzen und im Grunde reichlich nichts sagenden Inhalte begreifen läßt, in hohem Maße selbst bei den Regierungsparteien wenig Begeisterung erweckt. Es herrscht allgemein das Empfinden vor, daß die jetzige Regierung ihre Existenz vor allem dem Umstande verdankt, daß augenblicklich weder Lust noch Reizung zu einem neuen Regierungsexperiment besteht, so sehr man sich allgemein darüber klar ist, daß es so nicht ewig weiter gehen kann. Wenn Poincaré seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit der Votierung des Budgets begann, so hat er tatsächlich damit sein einziges wirksames Argument in die Wagschale geworfen. Wer dagegen irgendeine leitende Idee, wenigstens den Schritten eines Programms zur Bewältigung der nächsten Zukunft erwartet hatte, der ist, wie am Freitag sogar ein so poincaréistisches Blatt wie der „Paris Ridi“ bemerkt, schwer enttäuscht worden, und doch hätte ein solches Programm für Poincaré die einzige Möglichkeit enthalten, seine Autorität und sein Prestige zu erhalten; denn das Land verlangt danach, und die Zustimmung der Börse kann auch heute einem politischen Führer noch nicht allein genügen.

Die Radikalen stehen im Hintergrund. Sie haben durch den Mund ihres Führers Daladier in der Kammer deutlich zu ver-

stehen gegeben, daß sie das Kabinett nicht über Dezember hinaus am Leben lassen werden.

Boncour's Rücktrittsgründe.

Paris, 16. November. (Eigenbericht.)

Die Demission des sozialistischen Abg. Paul Boncour als Delegierter der französischen Regierung beim Völkerbund erregt in der hiesigen Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen und wird nicht gerade als ein hoffnungsvolles Symptom für den Beginn der neuen Regierung gewertet. Paul Boncour selbst hatte, um durch seine Demission, die er selbst als ein Gebot einfacher Unständigkeit bezeichnet, der neuen Regierung seine Verlegenheit zu bereiten, auf keinen Wunsch um ihre Veröffentlichung erst drei Tage später gebeten. In seinem Demissionschreiben führt Boncour aus, sein Rücktritt hänge nicht mit dem Völkerbund oder der Außenpolitik Briand's zusammen. Er lasse sich lediglich auf innere politische Gründe zurückführen. Er habe stets die Bildung einer großen Linksmajorität befürwortet. Nun aber regiere ein Kabinett, aus dem sogar die Radikalen und Sozialisten ausgeschlossen seien. Der Gegenstand der Parteien sei wieder in seine Rechte getreten, und so halte er es für unrichtig, sowohl seiner Partei als auch der Regierung gegenüber, weiter auf seinem bisherigen Posten zu verharren.

Abzug Baldwins!

Schwere Schlappe im Unterhaus.

London, 16. November. (Eigenbericht.)

Die seit Antritt der konservativen Regierung in vielen Fällen mit unnötiger Härte gehandhabten Bestimmungen über Einreise und Aufenthalt von Ausländern in Großbritannien war Gegenstand einer Debatte im Unterhaus. Der Aussprache lag ein vom Genossen Georg Lansbury eingebrachter Antrag zugrunde, der die Aufhebung der bestehenden gesetzlichen Regelung will. Lansbury stellte fest, daß diese Bestimmungen unter dem Ausnahmezustand von 1914 entstanden seien. Die Aufrechterhaltung dieser Regelung sei auf den Wunsch gewisser Personen zurückzuführen, das alte politische System Großbritanniens dauernd aufzuheben. Lansbury beschuldigte den Innenminister, unter diesen Ausnahmebestimmungen vor kurzem einem berühmten ägyptischen Gelehrten, der Vorsitzender des ägyptischen Parlaments und Minister gewesen sei, an der Landung in Großbritannien verhindert zu haben. In

seiner Antwort unterließ Innenminister Johnson Hicks die Notwendigkeit, unerwünschte Ausländer auszuschließen. Er stellte fest, daß die Anzahl der Ausländer, deren Landung nicht gestattet worden sei, von über 3000 im Jahre 1923 auf rund 2000 im Jahre 1927 gesunken sei. Der Minister versprach für das kommende Parlament eine befriedigende Reuegelung, worauf Lansbury in der Hoffnung, daß der konservative Innenminister im nächsten Unterhaus keinen Einfluß mehr besitzen werde, seinen Antrag zurückzog.

Weiter kam ein Antrag der Arbeiterpartei gegen das Zweischichtensystem für Frauen und Kinder in Fabriken zur Abstimmung, wobei die Regierung, die im Parlament eine Zweidrittelmehrheit besitzt, lediglich 16 Stimmen Mehrheit erzielte. Dies stellt das ungünstigste Abstimmungsergebnis seit dem Regierungsantritt Baldwins dar und veranlaßte Mitglieder der Arbeiterpartei, nach dem Rücktritt der Regierung zu rufen.

Ohrfeige für bayerische Partikularisten.

Bayern lebt von Preußen und Sachsen.

Bayern stellt gegenüber dem Einheitsstaatsgedanken partikularistische Forderungen auf. Bayern offenbar gleichzeitig ein beträchtliches Defizit in seinen Staatsfinanzen. Je größer die Pleite der gegenwärtigen Verwaltung in Bayern wird, um so maßloser werden auch die Ansprüche. Die Unverfrorenheit bayerisch-partikularistischer Ansprüche wird trefflich beleuchtet durch eine Feststellung, die wir in einem jüngst erschienenen Buche lesen:

„Das preussische Staatswesen, das den größten und kompliziertesten Anforderungen gerecht werden muß, und für die typischen Vönderaufgaben, des Bildungswesens und die Justiz die höchsten Leistungen aufweist, hat im großen ganzen den verhältnismäßig rationellsten Staatsverwaltungsapparat.“

Bayern hat eine verhältnismäßig teure Staatsverwaltung. Dieses Land würde von allen deutschen Ländern das geringste Interesse an einer Rückübertragung der vollen Finanzhoheit an die Länder haben, da sein Staatsaufwand 1927 fast zweieinhalbfach so groß ist wie das gesamte Einkommen, Körperschafts- und Lohnsteuern innerhalb seiner Grenzen in demselben Jahre. Sowohl das bayerische Eisenbahndefizit in Höhe von 16 Millionen, wie die bayerische Finanzverwaltung mit einem Kostenaufwand von rund 15 Millionen, darüber hinaus aber auch noch ein ganz beträchtlicher Prozentsatz des bayerischen Staats- und Behördenaufwands finden aus der Steuerkraft nicht bayerischer, sondern preussischer und sächsischer Reichsbezirke seine endgültige Deckung.“

Diese Feststellung, vernichtend für das partikularistische Geschrei aus Bayern, ist das Ergebnis einer gründlichen statistischen Durchleuchtung, die im Auftrag der Spitzenverbände der Unternehmer angestellt worden ist. Sie findet sich in dem Buche: „Die deutsche Verwaltungs- und Reformreform in Zahlen“, bearbeitet im Auftrage des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, des Deutschen Industrie- und Handelslages, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Die Folgerung aus dieser Untersuchung heißt also: das Schlimmste, was den bayerischen Partikularisten geschehen könnte, wäre, daß man ihren Forderungen restlos nachgeben würde.

Geschichtsfälscher „Stahlhelm“.

Eine neue Novemberlegende.

Das Bundesorgan des „Stahlhelm“ schreibt unter der Überschrift „November“:

„11. November 1918: Im Walde zu Compiègne unterschreiben die Deutschen auf Weisung Eberts bedingungslos die unerhörten Waffenstillstandsbedingungen der Entente.“

„Auf Weisung Eberts?“ Wir zitieren nur zwei historische Dokumente. Als der eben zum Reichskanzler ernannte Rag von Baden sich gegen eine sofortige Herausendung eines Friedensangebotes sträubte, erhielt er am 3. Oktober ein Telegramm, in dem es heißt: „Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. September d. J. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen, (Folgt

kurze Schilderung der militärischen Lage. Red. d. „Borm.“) Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen... gez.: von Hindenburg, Generalfeldmarschall.“

Am 10. November 1918 telegraphierte Hindenburg an die deutsche Waffenstillstandskommission, Erklärungen in den Bedingungen nach Möglichkeit herbeizuführen, und sagte dann wörtlich zum Schluß: „Gelingt Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen.“

Auf wessen Weisung? Auf Weisung der Obersten Heeresleitung wurde in Compiègne unterschrieben!

Paul Hirsch sechzig Jahre.

Glückwunsch des Ministerpräsidenten.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat an den Ministerpräsidenten a. D. Bürgermeister Paul Hirsch in Dortmund folgendes Glückwunschtelegramm geschickt:

„Zu Ihrem 60. Geburtstag sende ich Ihnen zugleich im Namen des Staatsministeriums herzliche Glückwünsche und beste Wünsche für ferneres Wohlergehen. Ich gebe mich der aufrichtigen Hoffnung hin, daß Ihre bewährte staatsmännische Kraft weiteren öffentlichen Leben noch viele Jahre erhalten bleibe.“

Paul Hirsch ist den Berliner Genossen altvertraut. Viele Jahre war er neben seiner eifrigen schriftstellerischen, journalistischen und rednerischen Arbeit für die Partei als Stadtverordneter in Charlottenburg tätig. Er war einer von den Sechzig, die 1908 als erste Sozialdemokraten ins alte preussische Dreiklassenhaus gewählt wurden; sie machten den bereits erfahrenen Parlamentarier sofort zum „Fraktionsführer“. Das blieb er auch, als 1913 die Fraktion auf zehn Mann anwuchs. Hirsch gehörte schon früh zu den besten Kommunalpolitikern der Partei, als genauester Kenner der preussischen Politik hat er auch stets das Ländtagswahlhandbuch herausgegeben. Am 9. November 1918 war es ganz selbstverständlich, daß er die Leitung des Freistaates Preußen übernehmen mußte; Heinrich Ströbel stand ihm dabei zur Seite. Paul Hirsch, der Vorkämpfer der kommunalen Vereinigung Groß-Berlins, ist vor einiger Zeit zum Bürgermeister von Dortmund gewählt worden und mußte seinen Wohnsitz dorthin verlegen. Er gehört dem preussischen Landtag nach wie vor an. Wir wünschen dem rastlos für die Arbeiterchaft die Partei und das Gemeinwohl Tätigen, der auch durch Jahrzehnte ein eifriger Mitarbeiter des „Vorwärts“ gewesen ist, noch viele Jahre unvermindertes, arbeitsfreudiger Tätigkeit.

Zurückgenommene Verleumdung.

Völkischer Schriftleiter am Dranger.

Im heutigen „Vorwärts“ findet der Leser eine Erklärung des Herrn Leopold Uher, verantwortlichen „Schriftleiters“ eines patriotischen Monatsblattes in Brünn, der Landeshauptstadt von Mähren. Eine so klägliche Zurücknahme von Beschuldigungen gegen einen Politiker von der Bekanntheit Scheidemann's wird man nicht allzuoft finden; sie beweist, wie halblaus derartige Blätter angreifen, wie wenig sie sich um Beweise für ihre Behauptungen kümmern, ehe sie sie veröffentlichten. Zum sachlichen Kampf unfähig, versuchen sie es mit persönlichen Verleumdungen; hier sind sie wieder einmal oberflächlich hängen geblieben.

Verschollen im Atlantik.



Kapitän Franz Romer
überquerte in 58 Tagen den Ozean mit einem
Klepperfaltboot

Der Zeppelinflug über den Atlantik, die zahlreichen Ueberflüge der großen Wasserwüste mit Flugzeugen haben in Amerika und Europa ein Uebermaß von Begeisterung ausgelöst. Bei diesen modernen Hilfsmitteln des Verkehrs handelte es sich um das Modernste, was die Technik hervorbringen vermochte. Wie ein Protest gegen die mit hunderten oder tausenden von Pferdestärken betriebenen Maschinen wirkten daher die Unternehmungen, die mit primitiven Mitteln zur Ueberwindung des Ozeans oder weiter Landstrecken versucht wurden. Da in unseren Tagen nur das Außergewöhnliche Aufmerksamkeit erweckt, wurde der Dresdener Luftfahrtechniker **Haxtmann** für seinen Pariser Ausflug bejubelt.

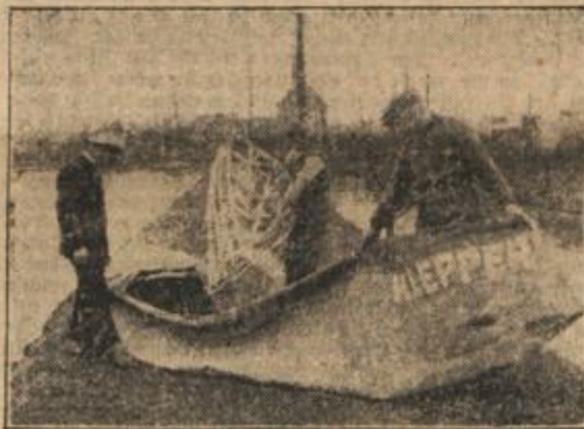
Sturm auf dem Atlantik.

Über eine viel größere Leistung ist in diesem Jahre von einem Seemann vollbracht worden, der nur mit Hilfe seiner Körperkraft in einem leichten Paddelboot über den Atlantischen Ozean fuhr. Nach sehr eingehenden Vorbereitungen startete der deutsche Kapitän **Franz Romer** am 28. März in Lissabon mit einem Klepperboot zur Reise nach New York. Bei diesem Falboot handelt es sich um eine Sonderkonstruktion der Klepperwerke. Das Boot ist 6,50 Meter lang, das Gerippe ist aus Eichenholz gebildet. Die größte Breite beträgt 95 Zentimeter, die Höhe 45 Zentimeter, der Tiefgang etwa 22 Zentimeter. Schon bald nach der Abfahrt mußte Romer an der Südspitze Portugals in der Nähe von Kap St. Vincent bei **Sagres** notlanden. Erst am 17. April konnte die Weiterfahrt in der Richtung auf Madagaskar erfolgen. Romer hatte ursprünglich die Absicht, ohne Benutzung eines Segels die Ueberfahrt durchzuführen. Aber schon die erste Etappe von Lissabon nach Kap St. Vincent hatte ihm gezeigt, daß er ohne Segel nicht in der Lage war, die von ihm vorgesehene Zeit für die Fahrt einzuhalten. Bei dem starken Nordwestwind war es ihm nicht möglich, Kurs auf Madagaskar zu beharren. Unter voller Ausnutzung des Windes steuerte er daher die Kanarischen Inseln an. Auf diesem Teil der Fahrt hatte er sehr unter Seerkrankheit zu leiden, und wenn auch das Boot sich als völlig stabil erwies, so konnte bei den überkommenden Brechen nicht verhindert werden, daß das Wasser in das Boot selbst eindrang. Am 22. April, so berichtet Romer, wurde der Sturm so stark, daß sein Boot nicht mehr steuerfähig war. Er lunte an und trat sich quer in die See. „Hätte ich nicht im selben Augenblick,“ heißt es in Romers Bericht, „das Fall für das Segel gelöst, so wäre ich meine gesamte Latelage los gewesen. Zur selben Zeit wurde ich von zwei gewaltigen Brechseeren democh überlaufen, daß ich,

nachdem ich wieder auftauchte, erst mal überlegen mußte, was los sei. Es blieb mir weiter nichts mehr übrig, als alles gut festzumachen, das Boot vor den Treibanker zu legen und schlafen zu gehen.“ Trotzdem Romer jeden Augenblick das Schlimmste fürchten mußte, schlief er ein. Nach einer Stunde aber war der Schlaf beendet. Die See hatte die Sprühwasserdecke eingeschlagen, und nun sah er in seinem Boot wie in einer Badewanne. Verzweifelt schöpfte er das Wasser mit einer Kanferenbüchse von 4 Liter Inhalt aus. Fast einen ganzen Tag arbeitete er so mit Ausbietung aller Kräfte. Die Außenhaut des Bootes aber war infolge der Fahrt so verschlammmt, daß die Geschwindigkeit um mindestens die Hälfte herabgesetzt war. Erst am 23. April konnte Romer das erste warme Essen nach siebenstägiger Fahrt zu sich nehmen.

Auf den Kanarischen Inseln.

Um ständigen Kampf mit Wind und Wellen gelang es ihm, am 28. April endlich den Hafen Treceña auf den Kanarischen Inseln zu erreichen. Sein Boot war mit einer etwa 10 Zentimeter dicken Schlammdecke bedeckt, und noch im Hafen selbst machte sich eine



Das Boot wird aufgebaut.

berartig starke Strömung bemerkbar, daß er ohne Hilfe der Bewohner noch im letzten Augenblick gescheitert wäre. Romer erklärte, daß er nur der Elastizität und Stabilität des Gummibootes sein Leben verdanke. Ein Holzboot wäre bei den gleichen Beanspruchungen zerfallen worden. Auf dieser elftägigen Fahrt von St. Vincent nach den Kanarischen Inseln hatte Romer 580 Seemeilen zurückgelegt. Wenn sein Boot nicht verschlammmt gewesen wäre hätte er diese Reise in der halben Zeit vollenden können. Romer hatte den Anfang seiner Fahrt so gelegt, daß er bei richtiger Reisegeschwindigkeit die im Herbst an den Südküsten der Vereinigten Staaten aufstrebenden orkanartigen Stürme vermeiden mußte. Infolge der geringen Geschwindigkeit aber, die er bisher mit seinem Boote erreicht hatte, rechnete er schon auf den Kanarischen Inseln damit, daß er den Wirbelstürmen nicht entgehen würde, und er rechnete weiter damit, daß er zur Reinigung seines Bootes Kubä oder Florida anlaufen müsse. Von da aber wollte er sich dann etappenweise während der Zeit der Wirbelstürme bis nach New York durchschlagen.

Den Ozean überquert!

Am 30. Juli, nachdem er eine Gesamtfahrzeit von 72 Tagen und eine Strecke von 3852 Seemeilen = 7135 Kilometer zurückgelegt hatte, erreichte er St. Thomas auf der anderen Seite des Ozeans. Insgesamt hatte er nur vier mal 24 Stunden geschlafen, so daß eine reine Fahrzeit von 68 Tagen anzusetzen ist. Seine Tagesleistung betrug dann 56,6 Seemeilen oder 106 Kilometer. Am 1. September erreichte er eine größte Tagesleistung von 128 Seemeilen. Dreizehn Dampfern war er auf dieser Reise begegnet, aber nur drei von ihnen hat er erkennen können. Bei seiner Ankunft in St. Thomas war er Gegenstand begeisteter Feiern der Bevölkerung. Bekanntlich legten im September die großen Wirbelstürme ein, die gerade in diesem Jahre besonders schwer waren. Wir besitzen seit dieser Zeit von Romer, der St. Thomas wiederum zur Fahrt nach New York verlassen hatte, keine Nachricht mehr. Es ist möglich, daß er sich auf eine einsame Insel retten konnte, es ist aber auch möglich, daß seine glänzende Fahrt über den Ozean durch die alles niederwerfenden Gewalten der Wirbelstürme beendet wurde.

Mag das Schicksal Romers nun sein wie es wolle: er hat gezeigt, daß man mit einem einfachen Paddelboot über den Ozean kommen kann. Er konnte diese Leistung vollbringen, weil er auf Grund seiner nautischen und meteorologischen Kenntnisse die Reise bis in alle Einzelheiten, soweit das überhaupt möglich war, theoretisch vorbereiten konnte, und weil er sich vorher einem geeigneten Training unterzogen hatte.

Der Lübarfer Mörder verhaftet?

Als Schweizer auf einem Bauernhof bei Altona.

Der Mörder des Malers **Michalzik**, der bei Lübars mit durchschnittenen Kehle tot aufgefunden wurde, ist gestern auf einem Bauerngut bei Altona, wo er sich als Schweizer verdingt hatte, von der Kriminalpolizei verhaftet worden.

Wie alle anderen Behörden, so waren auch die von Hamburg und der ganzen Umgebung von der Berliner Nordkommission um Mitfahndung nach dem unbekanntem Verbrecher von Lübars ersucht worden. Wie mitgeteilt, hatte der erkrankte **Michalzik** einem Malergesellen **Gustav Alexander** aus Rarzöben bei Königberg alle Ausweispapiere entwendet, wanderte seitdem unter diesem Namen und trug sich in den Herbergen, in denen er übernachtete, so ein. Am 22. Oktober war er in Deutsch-Krone. Hier ging die Spur zunächst zu Ende. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß am 27. Oktober ein Mann mit den Papieren Alexanders in einer Herberge in Hamburg übernachtet hatte. Als man sich diesen Mann näher ansehen wollte, hatte er die Herberge bereits verlassen und war nicht mehr zu finden. In Hamburg, Altona und den übrigen Ortschaften in der Gegend setzten nun die gründlichsten Nachforschungen ein. So stieß man bei dem Bauern **Olbendorf** in Bilsdorf auf den angeblichen Kuhnweiser **Alexander** aus Rarzöben, der in Wirklichkeit der Kuhnweiser **Mais Paul Becker** aus Hammerstein-Schlöchau war. Dieser hatte kurz vorher an einer anderen Stelle um Arbeit vorgesprochen und war dann bei **Olbendorf** auch untergekommen. Bei ihm fand man bei einer gründlichen Durchsuchung außer den Papieren Alexanders einen

80] Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Bring.

Copyright 1927 by J. M. Späth Verlag, Berlin.

Das gotische Fenster.

Da ziehen sie hin, fort zum Kalvarienberg, ein Feldwebel, ein Gefreiter und vier Mann. Die vier Mann sind Straßengerichter, Albering ist unter ihnen. Was die anderen drei auf dem Kerbholz haben, ist mir nicht bekannt. Albering hat sich vergangen, indem er seinen Helm ohne Erlaubnis löstete, um den Schweiß passieren zu lassen.

Da ziehen sie hin, ich möchte schreien darüber, daß sie hingehen. Sie verschwinden über die Placette. Ich will zum Feldwebel gehen und eine Rede halten, es ist unmöglich, daß sie ausmarschieren, sie sind ja alle krank. Die ganze Kompanie ist krank, es wird kein Dienst abgehalten. Die ganze Kompanie hat Ruhr, aus dem Wasser angetrunken oder sonst woher. Was weiß ich?

Auch ich bin krank, schlepp mich hin. Will zur Latrine gehen, ziemlich rasch, und mich neben den Kameraden auf den langen Balken setzen. Es ist heiß, ich gehe zum vierzehntenmal heute. Wir sitzen da nebeneinander, und einige plaudern leise von der Seeschlacht am Stagerat, deren Ergebnis eben bekanntgegeben ist. Andere saugen ergeben an erloschenen Pfeifen und lesen Zeitung. Auf den Zeitungen krabbeln hundert Fliegen, sie spazieren sogar auf der Pfeifenasche umher. Im Eingang aber stehen wieder andere Soldaten und wollen auch zum Sitzen kommen. Sie stuchen und verbieten den Plaudernden, lange Romane von Stapel zu lassen. Manche gehen ingrimmig wieder fort; doch von den Sitzenden bezieht sich jeder, so sehr er kann.

Oben liegen die Kameraden im Stroh, und manchmal eilen sie die Treppe hinunter. Ich gehe nicht hinaus, sondern werfe mich unter einen der Wagen, die auf dem Hofe stehen, in den Schatten. So habe ich die Latrine im Auge.

Bergeisse ich immer wieder, daß Albering amarschiert ist? Ich will mich immer wieder daran erinnern, auch er ist krank. Ich kann mir so gut das Straßengerichten vorstellen. Feldwebel Engelke macht es gnädig und läßt es neben der Kapelle unter den Lindendäumen abhocken, wo Schatten

ist. Der fade Christus redt über ihnen seine roten Arme. Sie müssen Kriechübungen machen, die beim Gefreiten Hoyer sehr beliebt sind.

Christus lilt aus freiem Willen und nach Gottes Rat-schluss. Albering, der auf dem Bauche kriecht, leidet, weil eben die Welt ein Narrenhaus ist. Er kann so komische Fragen schneiden, es belustigt ihn, wenn es recht toll hergeht. Er wird so tun, als ob er eine Klapperschlange sei, während er den Lindengang hinunterkriecht auf allen vieren, den Bewehrtauf unterm Kinn. An der Kapelle steckt er dem friierten Christus die Zunge aus.

Doch weil er krank ist, saßt ihn heute die Verzweiflung. Der Hoyer saltet seine kindlichen, weißblonden Brauen und tut seine Pflicht in Nagelschuhen, ohne jeden Gedanken an seine Braut in Wolfenbüttel. Sonst könnte es geschehen, daß er Albering mit „Vergiftmeinnicht“ anredete. Und Dienst ist Dienst und keine Befälligkeit.

Werde ich mich aufraffen, zum Feldwebel zu gehen? Er ist schlecht gelaunt und wird sagen: Was geht Sie das an! Ein richtiger Feldwebel würde mich sofort den Straßengerichtern nachschicken. Aber er ist eben kein richtiger Feldwebel. Ich triede aus meinem Wagenshatten und mache mich auf den Weg zur Schreibstube. Aber unterwegs fällt mir ein, daß ich wieder zur Latrine muß, und hernach bin ich zu kleinnützig und lege mich wieder unter den Wagen.

Von hier aus kann ich einen anderen Wagen sehen, mitten in der Sonnenglut des Platzes, er hat einen Ueberbau über dem Lenkersitz. Ich ziehe das Skizzenbuch hervor und zeichne ihn. Es soll eine qualvolle Sonne auf der Zeichnung sein, und so ist der Wagen ganz weiß, und der Ueberbau des Wagens sieht aus wie ein gotisches Fenster. Da ich nicht imstande bin, einen Brief zu schreiben, will ich Hya heute nur diese Zeichnung schicken. Sie wird denken: Sieh da, ein gotisches Fenster, er lebt bei einer alten Kirche, das ist gut; und es war ein sonniger Tag. Er zeichnet wieder, da wird ihm froh zumute sein. Nur wenn er fröhlich ist, zeichnet er.

Es gehen böse Gedanken durch meinen Kopf, und ich habe das deutliche Gefühl, daß ich ein Tier geworden bin. Aber nicht ein Tier der freien Wälder, sondern rundweg ein Haustier. Nicht ein Schwein, denn das ruht im Stroh und frist sich rund und voll, sondern ein Pferd. Eins mit Wunden an Brust und Beinen, welches den Steinkarren ziehen muß! Aber auch das trifft meinen Zustand nicht.

Horch! Jemand geht an meinem Wagen vorbei. Ich höre Feldwebel Bloibooms Stimme sagen: „Geh in den Stall und melde, daß der Herr Leutnant heute nicht ausreitet; das Pferd soll sofort auf die Weide.“ Und dann höre! Kein Bier für heute abend holen, ich lege mich jetzt nieder. Wenn eine Meldung kommt, bin ich nicht da. Ich sei — meinetwegen sag, ich sei im Zirkus.“

„Zu Befehl,“ antwortet die Stimme des bebrüllten Philipp.

„Und noch was: daß sich keiner von euch beiden zum Leutnant getraut. Er ist unpäßig. Sage es auch den Unteroffizieren.“

Ich höre und sehe das Zusammenklappen zweier Stiefel, die sich eisernen. Also unpäßig, denke ich. Kennt man das so? Oho, der alte Gaul hat den meisten Nutzen davon, er wird das süße, grüne Gras rauhen und mahlen. Er wiehert den anderen Pferden, die schon bald satt sind, zu: Sieh da, Berta, sieh da! ... Sieh da, Wahr, sieh da! ... Schön saftig ist das Gras unter Bäumen ... rupf, rupf, rupf ... sieh da, wir rauschen, sieh da ... rupf, rupf, rupf ... sieh da, wir lauschen ... rupf, rupf, rupf ... Es ist immer genügend Futter für uns alte Pferde vorhanden, rupf ... rupf ...

Die Pferde vergessen schnell die schlimme Zeit, ihre Rüsten bewegen sich vertrauensvoll, sie wiehern in ihre kleine Freiheit hinaus, doch die große Freiheit haben sie nicht gekannt.

Das gotische Fenster genügt mir nicht mehr. Ich schreibe einen Brief, der so lautet:

Liebe Lisa! Hat der Mensch jemals die Freiheit gekannt? War ich nicht immer und immer irgendwo polizeilich angemeldet, und lautete mein Examen auf der Kunstschule nicht auf genügend? Verzeih diesen Brief, ich bin so krank —

Ich habe sie doch gekannt, die Freiheit, wenn ich mitten in einer Ebene lag zwischen plüstrigen Disteln und Brennesselkräutern. Da sah ich den kleinen eisernen Wolken nach, die der Sandzug hinterließ, wenn er fortrollte in den Abend, und ein Stück Mond plötzlich da war und mich ansah, daß ich dachte: Guten Tag, alter Bekannter, da bist du schon! Eigentlich ist noch Tag, aber ich werde jetzt in einen Apfelbaum klettern und einige Stunden darin verweilen. Ein Apfel fällt unters Hühnervolk, sie fahren flügel-schlagend auseinander. Auch ich kann mich aus dem Baum fallen lassen, wenn ich es will. Das Gras ist weich.

(Fortsetzung folgt.)

Strafantrag gegen den Reichsbahnoberrat.

10 000 M. Geldstrafe oder zwei Monate Gefängnis.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung in dem Bestechungsprozess gegen Reichsbahnoberrat Schulze begründete Staatsanwaltschaftsrat Dr. Herrmann in mehrförmigen Ausführungen die Anklage. Einleitend machte er nachfolgende Ausführungen:

Der Fall Schulze, der seit dem 6. November das Gericht beschäftigt, trete über die Bedeutung eines Einzelfalles hinaus. Gemäß § 331 konnte nur der Beamte wegen Bestechung angeklagt werden. Dem Geiste nach richte sich die Anklage aber auch gegen die Zeugen Baechner und Gaehtner, den geschäftsführenden Direktor der Firma Reifert u. Co. in Köln und deren Berliner Generalvertreter. Man habe es hier also eigentlich mit drei Hauptpersonen zu tun, die typische Erscheinungen für die hinter ihnen stehenden Gruppen seien. Typisch sei dieser Prozess auch für die Verhältnisse, die in den diesen drei Hauptpersonen nachstehenden Kreisen vorherrschen. In der Praxis der Gerichte gehöre dieser Fall zu den Seltenheiten, in der Praxis des täglichen Lebens verlorere die Firma Reifert gemässmaßen die Industrie. Diese brauche Aufträge und bemühe sich darum, weil sie ihre Arbeiter beschäftigen müsse. Besonders liege der Industrie an den Aufträgen der Reichsbahn, denn die deutsche Industrie sei zu 60 Proz. für die Reichsbahn beschäftigt. In der Verhandlung sei auch festgestellt worden, daß die Reichsbahnverwaltung ein guter Auftraggeber sei, denn sie zahle pünktlich und mache, wenn es zum Bezahlen komme, keine schändlichen Einwendungen. Goelkner sei als typische Erscheinung seines Standes anzusehen. Er habe eine Provision erbolten, die weit das Gehalt des geschäftsführenden Direktors überstieg. Er erhielt 1924 15 000 M., 1925 31 600 M. und 1926 81 246 M. an Provisionen. Mit diesen Provisionen sei der Vertreter auf das schwedensichste umgegangen; überall wo er hinkam, habe er gute Zigarren verteilt und die Provisionen benutzt, um Schmiergelder zu zahlen. Offiziell wußte die Firma von diesen Schmierzügen nichts. Wenn aber der Vertreter mit den Provisionen nicht auskam und sich gar an den Geldern der Firma vergriff, wurde er nicht nur nicht entlassen, sondern es wurde keine Provision erhöht. Zuerst von zwei auf vier Prozent und nachdem die Unteregelmöglichkeiten ausgeschöpft worden waren, auf fünf Prozent.

Erst nachdem sich die Strafverfolgungsbehörde mit dem Fall Schulze beschäftigt hatte, habe die Firma ihren Vertreter entlassen. Es Unterstellungen waren damals aber der Firma schon ein Jahr lang in allen Einzelheiten bekannt. Ein Opfer dieser Verhältnisse sei der Angeklagte Schulze geworden. Man habe allerdings hier auch die Auffassung gehört, daß Goelkner ein Opfer von Schulze geworden sei. Das Urteil werde festzustellen haben, welche von diesen beiden Auffassungen zutreffend sei. Die Anklage werfe Schulze vor, daß er für Handlungen, die in sein Amt einschlugen, die aber an sich nicht pflichtwidrig sind, Geschenke angenommen habe. Allerdings habe die Anklagebehörde erhebliche Bedenken, ob nicht Amtshandlungen im Interesse der Reichsbahn vorgenommen seien. Der Angeklagte habe ohne Genehmigung der Verwaltung Lizenzverträge abgeschlossen und ohne deren Wissen Lizenzgebühren eingekommen. Obwohl die Pflichtwidrigkeit verneint worden sei, bleibe es doch verdächtig, daß der Angeklagte Schulze trotz der ihm bekannten Vorschriften die Lizenzverträge nicht nur zur Genehmigung nicht eingereicht habe, sondern auch alle Vorkehrungen getroffen habe, sie geheim zu halten. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Herrmanns beschäftigte sich dann eingehend mit den Beziehungen zwischen Schulze und Goelkner und den unter Anklage gestellten Geschenken und Zuwendungen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Herrmanns führte weiter aus, daß bei dem Strafmaß zu berücksichtigen sei, daß der Angeklagte Schulze an sich ein fleißiger und tüchtiger Beamter gewesen sei, der sich große Verdienste um die Reichsbahn erworben habe, die hier nicht vernachlässigt werden sollen. Ein Schaden sei für die Reichsbahn nicht eingetreten, mindestens nicht nachweisbar. Er beantrage, den Angeklagten Schulze unter Zurücklegung der Kosten zu einer Geldstrafe von 10 000 M. oder hilfsweise zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu verurteilen, ferner beantrage er die Einziehung der beschlagnahmten Gegenstände und den auf 15 000 M. angenommenen Wert der Geschenke dem Staat für verfallen zu erklären.

Der Termin zur Urteilsverkündung wurde auf Donnerstag, den 22. November, vormittags 10 Uhr, angesetzt.

Berlins Schulden.

Niedriger als der Durchschnitt der deutschen Städte.

Von einigen Berliner Zeitungen ist kürzlich behauptet worden, daß die Schulden der Stadt Berlin je Einwohner die Schulden aller anderen deutschen Großstädte um etwa 60 Proz. übertreffen.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß nach dem zweiten Vierteljahrsheft des Städtetages die Städte mit mehr als 15 000 Einwohner im Gruppenschnitt bedeutend höhere Schulden aufweisen als Berlin. So betrug am 30. Juni 1928 die langfristige (Mit- und Neuerbschuldung) und die kurzfristige Verschuldung der Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern 171,96 M., die der Städte zwischen 100 000 und 200 000 Einwohnern 188,06 M., die der Städte zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern 179,02 M. je Einwohner. In Berlin dagegen kamen an demselben Stichtag (30. Juni 1928) auf den Einwohner nur 151,26 M. an. Die Summe von 160 M. je Einwohner, die in den Zeitungsartikeln genannt wurde, ist dem Anleihenprospekt der Amerika-Anleihe vom Mai d. J. entnommen. Die dort genannten Zahlen umfassen aber, abweichend von den oben genannten Schuldenarten, auch die Kassen- und Betriebskredite sowie die nicht unerheblichen Verpflichtungen aus der freien und der Hypothekenaufwertung. Trotzdem zeigt sich, daß selbst mit Einschluß dieser Schuldenarten die Gesamtverschuldung je Einwohner in Berlin noch immer niedriger ist als die Leihverschuldung der deutschen Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern.

Zimmer langsam voran.

Erbauliches aus Herrn Dossleins Reich.

Wieder ist es das Bezirksamt Tiergarten und sein Bürgermeister Dosslein als Vorsitzender der Gesundheitsdeputation dieses Bezirksamts, die Veranlassung geben, nachstehende Ausführungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten:

Die Säuglingsfürsorge des Bezirksamts Tiergarten hat eine Entwicklung genommen, die als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden konnte. Jedoch ergaben sich infolge der Beengtheit der Räume für die Mütter und Kinder, ebenso aber auch für die dort tätigen Ärzte und Schwestern allerlei Unzutraglichkeiten. Die sozialdemokratische Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung Tiergarten beantragte daher Anfang dieses Jahres, die Räume erheblich zu erweitern. Der Antrag fand die Zustimmung aller Parteien. Das Bezirksamt wurde aufgefordert, für die Ausführung dieses Beschlusses schnellstens Sorge zu tragen. Es fanden sich auch bald Räume, die am 1. Juli d. J. zur Verfügung standen; aber sie konnten nicht bezogen werden, da die Baudeputation, die die Kostenschätze für den Umbau der Räume machen sollte und dazu Mitte Mai die Vorschläge des Gesundheitsamtes in Händen hatte, erst Ende August, also nach drei Monaten, in der Lage war, die Kostenschätze fertigzustellen; danach sollte der Umbau 19 000 Mark kosten. Nun galt es, das benötigte Geld vom zentralen Magistrat anzufordern. Schneller wäre es freilich gegangen, wenn man die paar tausend Mark aus den Verfügungsmitteln, die dem Bezirk zur Verfügung stehen, entnommen hätte. Aber wozu eilen? Es handelt sich ja in der Hauptsache um Proletkinder. Anfang Oktober wurde endlich der Antrag an den zentralen Magistrat zur Erledigung weitergegeben und ging dort — man sollte es kaum glauben — verloren, so daß er vor einigen Tagen erneut eingereicht werden mußte. Nun wird er also in aller Ruhe und Gemütsruhe alle in Frage kommenden Instanzen (es sind deren nicht wenige) passieren, und wenn das Glück groß ist, werden alle Instanzen so um Ostern 1929 nicht einzuwenden haben, und Pfingsten 1929 kann dann mit dem Umbau begonnen werden. Die vorerwähnten Räume aber sind seit dem 1. Juli 1927 gemietet und es muß dafür Miets gezahlt werden, und zwar in recht erheblicher Höhe. So werden also Steuermittel vergeudet, was vermieden werden könnte, wenn man sich bemühte, rasch zu arbeiten. Herr Bürgermeister Dosslein, machen Sie etwas Dampf in den ihnen unterstellten Dienststellen und veranlassen Sie den Herrn Stadtkämmerer und den Stadtmedizinalrat, in ihrem Reich das gleiche zu tun.

Am Sonntag: Kirchenwahlen!

Für jeden Sozialdemokraten gibt es zwei Möglichkeiten, sich zur Kirche einzustellen: Entweder tritt er aus der Kirche aus, weil seine Weltanschauung ihm ein Verbleiben in ihr unmöglich macht, oder er bleibt aus religiöser Überzeugung in der Kirchengemeinschaft. Wenn dieses letztere der Fall ist, dann ergeben sich für ihn besondere Pflichten. Er darf nicht nur steuerzahlendes Kirchenmitglied sein, das die kirchliche Reaktion im übrigen schalten und walten läßt, wie sie will. Er wird vielmehr auch auf dem kirchlichen Gebiete der Reaktion entgegenzutreten, wo sich Gelegenheit dazu bietet. Am kommenden Sonntag, dem 18. November, finden in Berlin allgemein die Wahlen zu den Körperkassen der protestantischen Kirchen statt. Sozialdemokraten, die noch Kirchenmitglieder sind, sollten auch diese Gelegenheit benutzen, um dem orthodoxen Rückertum entgegenzuwirken. Fernbleiben von der Wahl bedeutet zumest Stärkung der Kräfte der Reaktion. Beteiligung an der Wahl kann bedeuten, daß auch in der Kirchenwelt der freieren Anschauung eine Gasse gebahnt wird. Das sollten noch alle irgendwie interessierten Genossen und Genossinnen bedenken und danach ihr Handeln am Sonntag einrichten!

Typographia, Aktion, Sänger! Laut Mitteilung des Magistrats Berlin müssen alle an der Schubert-Reier beteiligten Sänger am Sonntag bereits um 8 1/2 Uhr früh im Theater (Eingang Schiffbauerdamm) sein, da vorher unbedingt noch eine Probe stattfinden muß. Auf jeden Sänger wird gerechnet.

Armer kleiner Rolf.

Eine Tragödie um Wohnungsnot und Elternteil.

Der tragische Tod eines kleinen Knaben beschäftigte die Kriminalpolizei in Reinickendorf. Ein Ehepaar R. ist durch die Wohnungsnot gezwungen, getrennt voneinander zu leben. Der Mann lebt zusammen mit seinem Vater in der Amendestraße 81, während die Frau bei ihrer Mutter im Hause Nr. 83 Unterkunft hat. Beide Eltern gehen jeden Morgen zur Arbeit. Den zweijährigen Sohn Rolf betreut in der Zwischenzeit die Großmutter. Am Donnerstag hatte die alte Frau auf dem Rathaus zu tun, wo sie ihre Rente abholen wollte. Sie tat deshalb eine Nachbarin, eine Frau K., sich des kleinen Rolf so lange annehmen. Das Kind kennt die Nachbarin gut und war stets um so lieber hingegangen, als Frau K. einen kleinen Hund hat, mit dem das Kind spielen konnte. Am Donnerstag traf es sich sehr unglücklich, da Frau K. große Wäsche hatte und ohnehin im Räume beengt war. Sie lehnte es zuerst ab, das Jungchen zu nehmen, ließ sich dann aber doch von der Großmutter überreden. Während sie nun einen Kessel mit kochender Lauge vom Herd nahm und den Inhalt in einen Zuber schüttete, kam der kleine Junge rückwärts in die Küche und zog den Hund spielend hinter sich her. Ehe die Frau zurufen konnte, war er in die kochende Lauge gefallen. Frau K. befreite das Kind sofort von den Kleibern, rief es mit „Och“ ein und eilte zu einem Arzt, aber alle Bemühungen waren vergeblich. Der Kleine starb am Freitag früh an den Brandwunden. Die Frau, die keine Schuld an dem schrecklichen Unfall hat — sie hatte das Kind wiederholt aus der Küche in die Stube geschickt, es war aber immer wieder gekommen —, ist durch den Vorfall völlig niedergebrosen.

Kaffee-Milch.

Wieder ein Bürgschafts- und Einlagengeschwindel.

Vor einiger Zeit gründete ein Kaufmann Arthur Mich. eine Firma, die ihre Zentrale in der Altonaerstraße zu Schöneberg hatte und hauptsächlich Kaffee vertreiben wollte. Er hatte im Sinne, sein Unternehmen großzügig auszugestalten und nahm von Leuten, die keinen Versicherungen, Kassen, Kapitalanlagen an, die jedesmal in die Tausende gingen. Mit diesen Zuschüssen richtete er nach und nach 31 Filialen in allen Stadtbezirken ein, später sollte die Provinz folgen. Den Geldgebern wurden als Sicherheit die Einrichtungsgegenstände der Filialen übereignet, wobei Milch aber verschwiegen, daß er sie noch nicht bezahlt hatte. Zur Kontrolle der Zweigstellen wurden natürlich auch Angestellte gesucht, die eine Bürgschaft

zu hinterlegen hatten. Jetzt ist die Firma zusammengebrochen, ohne daß man über den ganzen Umfang der Schwindeleien eine Uebersicht hat gewinnen können. Rolf, der Gründer, ist flüchtig. Nach dem Stande der Ermittlungen beläuft sich der angerichtete Schaden auf etwa 150 000 Mark. Personen, die von ihm geschädigt worden sind, mögen sich an Kriminalkommissar Bassehl, Dienststelle 8.8 im Polizeidienstgebäude in der Georgenkirchstraße 2a wenden.

Sturm über dem Kanal!

Der gesamte Verkehr schwer behindert.

London, 16. November.

Im Kanal und auf dem Ozean herrscht seit gestern Sturm, der teilweise Orkancharakter annimmt. Die Wetterberichte besagen, daß ein erstes Tiefgebiet vorübergezogen sei, ein zweites aber sich der englischen und französischen Küste vom Ozean her näherte. Große Störungen im Schiffs- und Flugverkehr sind eingetreten.

Wie weiter gemeldet wird, hat der Sturm bei einer Windgeschwindigkeit von 60 Meilen in der Stunde eine so ungewöhnliche Wucht entwickelt, daß selbst große Passagierdampfer vor den Wellen wie leichte Bälle hin und her geworfen wurden. Der Riesendampfer „Maunia“ der Cunard-Linie, der von Southampton auslaufen sollte, konnte den Hafen nicht verlassen. Hier riesige Krane, die auf dem Quai standen, wurden von ihrer Unterkonstruktion losgerissen und stürzten zu Boden. Einer von ihnen im Gewicht von 15 Tonnen verschmetterte den dichtbelegten Erfrischungsraum auf dem Quai. Drei Personen wurden verletzt.

In Liverpool traf ein Dampfer ohne Schloß ein; der Sturm hatte den Schornstein einfach abgerissen. Die auf den verschiedenen Routen in der Ueberfahrt England-Frankreich beschafften Schiffe konnten, soweit sie noch unterwegs waren, nur mit äußerster Mühe ihre Bestimmungsorte erreichen. Auch das Anlegen innerhalb der Hafendämme bereitete noch erhebliche Schwierigkeiten. In vielen Kanalhäfen ist das Auslaufen von Schiffen überhaupt unmöglich. Der Flugverkehr ist eingestellt. Zudem ist eine 20 Personen fassende Verkehrsmaschine von Paris her nach in Croydon eingetroffen. Sie hatte unterwegs einen furchtbaren Kampf mit dem Sturm zu bestehen.

Hitler will uns frei machen!

Adolf Hitler hat gestern zum erstenmal in Berlin in einer öffentlichen Versammlung gesprochen, und zwar im Sportpalast. Er sieht in sich immer noch den großen Heldendarsteller und glaubt, daß die Berliner so wild nach ihm seien, daß er schon den großen Sportpalast nehmen muß, damit die Massen auch hineinkönnen. Er hat sich aber bitter getäuscht. In bescheidenen Gruppen zogen die Leutenhändler an und brüllten zum Amüsement der Straßenpassanten ihre Heulrufe. Die Polizei hatte diesmal weitgehende Vorkehrungen getroffen, daß die Nationalsozialisten keine Straßenpassanten beschäftigen könnten. Die Potsdamer Straße war vor dem Sportpalast durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt. Damit sich auf der dem Sportpalast gegenüberliegenden Seite keine Menschenansammlungen bilden konnten, wurden dort die großen Liebestrautens aufgestellt. Während der Veranstaltung durften die Versammlungsteilnehmer, vor allem die uniformierten Nationalsozialisten, den Sportpalast nicht verlassen.

Im Saal enthüllte dieser politische Choratan seine ganze königliche Unwissenheit und Unbedeutendheit, als er den Besuch machte, mit bombastisch dahergequaselten Phrasen eine Art Programm zu entwickeln. Er meinte, seine Partei sei die Partei der einstimmigen Leute (1), die sich ihres Deutlichums bewußt seien. Deutschland bedürfe sich gegenwärtig in der Gefahr der Verneuerung (?), der Volkstümlichkeit (?), der Demokratie, die die Zahl zum Gott erhebt, und des Pazifismus der Freiheit sei. Deutschland könne aber aus dieser Gefahr herauskommen, wenn es sich wieder auf sein Volkstum zurückbesinne und dem jetzt herrschenden System der Demokratie und Pazifismus die Macht der Persönlichkeit und der Kühnheit entgegensetze. Ein Transparent verkündete: Hitler macht euch frei von der Dames-Käsepartei, worauf der Berliner die einzig richtige Antwort hat: So sieht's aus!

Die Versammlung war gegen 11 1/2 Uhr beendet, der Abmarsch vollzog sich ruhig. Gegen 11 Uhr rückten die letzten Polizeiautos ab.

Funkwinkel.

„Schubert und sein Wert“ nannte sich die Abendveranstaltung. Dr. Erich Forstner, der das Programm dafür entworfen hatte, gab der Veranstaltung den Untertitel „Eine Klause für alle“. Mit Geschied und Gesinnung waren Kompositionen und Mitteilungen von und über Schubert zusammengestellt. Nicht der unbekannte Schubert, aber auch nicht der verküppelt populäre Held des „Dreimäderlhauses“ gewann aus den Vorbereitungen Gestalt, sondern der Komponist, der zum Herzen des Volkes sprach, weil er ein Kind des Volkes war und mit dem Volke empfand. Auch Berichte von Zeitgenossen und Briefe Schuberts zeigten den unsterblichen Nadeln länger von dieser einfachen, natürlichen Seite. Dr. Forstner und seine Helfer an diesem Abend ließen es sich angelegen sein, den Hörern diesen echten Schubert in würdiger Form nahe zu bringen. — Wie die Entwicklung des Nachrichtenverkehrs neue Grenzen zerriß, wies Menschen und Kulturen einander näher brachte, und welche Bedeutung dem Nachrichtenverkehr heute zukommt, zeigte Dr. Herbert Henke im Schlußwort seines Vortrags „Der Weltverkehr und seine Mittel“. — Dr. Walter Hagemann schilderte in dem Vortrag „Der Regier als Arbeitsmaschine in Afrika“ die Bereinigung der Regier durch das Eindringen der Weißen in ihr Land. Heute herrschen in Afrika ähnliche wirtschaftliche Verhältnisse wie in Europa beim Auftreten von Ranz und Engels. Die Regier beginnen sich gewerkschaftlich zu organisieren, um gemeinsam für soziale und wirtschaftliche Besserung zu kämpfen. Die weißen Südafrikaner streben sich mit allen Mitteln dagegen, die Regier an den modernen Erzeugnissen teilhaben zu lassen. Sie wollen mit Hilfe brutaler Gewalt die Schwarzen auf möglichst primitiver Lebensstufe erhalten, um billige Arbeitskräfte zu haben.

Forman gegen Schnupfen
Wirkung frappant!

Das Ende der Panzerschiffdebatte.

Zentrum und Demokraten gegen den Antrag. — Breitscheid antwortet.

Der Reichstag hatte am zweiten Tag der Panzerkreuzer-debatte womöglich noch stärkeren Besuch aufzuweisen als am Donnerstag, ist doch die Abstimmung in Aussicht. Als erster sprach

Abg. Brüninghaus (Volksp.).

Während die französische Kammer der Regierung Poincaré durch das imposante Vertrauensvotum außerordentlich große Autorität für die Reparationsverhandlungen gibt, geschieht bei uns das Gegenteil, die Verantwortung tragen die Antragsteller. Wenn ein Reichstag die Beschlüsse seines Vorgängers aufheben kann, wo bleibt denn da der vielgerühmte Parlamentarismus? (Sehr gut! rechts, Heiterkeit links.) Das wäre die Diktatur der Minderheit. Nach den Aufklärungen des Reichskanzlers und des Reichswehrministers hätte Abg. Wels gewiß nicht mehr so gesprochen. Auch Herr Wels bejaht die Notwendigkeit einer, wenn auch kleinen Marine, lehnt aber die Ersatzbauauforderungen ab. Dann kann er aber auch nicht um die Wehrmacht kämpfen, wie er angekündigt hat. Sehr wünschenswert wäre, daß der Reichskanzler seine Meinung von dem größeren Wert des Raderheeres gegenüber der Rüstung in seiner Partei durchsetze, die nach seiner Angabe schon sieben Jahre an ihrem Wehrprogramm arbeitet. Auch wir wollen den Frieden erhalten, aber einen solchen Pazifismus, der sich alles gefallen lassen will, lehnen wir ab, denn er führt zum Verderben unseres Volkes. Vor zwei Jahren hat Admiral Zenker die erste Bauart noch nicht anfordern wollen, weil die technischen Vorarbeiten noch nicht weit genug waren, aber er hat keineswegs darauf verzichtet. Man wird doch einsehen müssen, daß Deutschland, wenn nicht eine dauernde Friedensgefährdung besetzen soll, dem Rüstungsstand seiner Nachbarn angepaßt werden muß, sei es, daß diese abrüstet oder daß man uns die Mittel oder sonst welche größere Rüstung erlaubt. Es handelt sich nicht um den Panzerkreuzer, sondern darum, ob unsere Landesverteidigung aufrecht erhalten und unser Volk zur Verteidigung des Vaterlandes erzogen werden soll. (Beifall rechts.)

Abg. Lemmer (Dem.).

Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab. Wir haben gegen die erste Rate gestimmt, aber die Regierung muß das Staatsgesetz ausführen, zumal finanzielle Unausführbarkeit nicht vorlag und der Reichsfinanzminister Einspruch nicht erhoben hat. Die Rede des Abg. Wels war so, als ob seine Partei in der Opposition stünde. Dieser Vorstoß muß die Auffassungen über den Parlamentarismus verwirren. Die Jugend versteht nicht die Komplizierung jeder politischen Entwicklung durch die Fraktionsstrategien und den Zirkularismus unseres parlamentarischen Handelns. (Beifall.) Man würde den Rhythmus unserer Arbeit draußen viel besser mitfühlen, wenn sie nicht in Spiralen, sondern geradeaus denken würden. Wir halten an der jetzigen Regierung fest und können daher den Entschluß nicht aufheben, zu dem sie sich verfassungsmäßig verpflichtet fühlt hat. Als Kriegsteilnehmer bekenne ich mich zu den Idealen der Friedensbewegung, wir müssen alles tun, um den kommenden Geschlechtern einen Krieg zu ersparen. (Beifall.) Dörrschau wird nicht durch den Kreuzer A. geschützt, sondern durch deutsche Anstellung und deutschen Wohlstand, an denen sich die slowakische Welle bricht. Mit geringeren Mitteln als sie der Panzerkreuzer fordert, wäre dieses Werk zu schaffen. Hier aber handelt es sich nur noch um eine parlamentarisch-politische Entscheidung, nachdem sachlich bereits der vorige Reichstag entschieden hat. Die deutschen Republikaner müssen nachweisen zeigen, sich an der Regierung zu halten, um für das Ruhrgebiet, für Waldenburg usw. die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik im Geist von Weimar zu fördern. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Dr. Wirth (Ztr.).

erinnert an die Lösung der Interparlamentarischen Union in dem gleichen Saal vor wenigen Monaten. Der gestrige Tag war ein schmerzlicher Beitrag zu der Krise des Parlamentarismus. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Frage, wo die klare Verantwortung für die Führung der Regierungspolitik liegt, geht seit Jahren bei uns durch Stadt und Land. In unserer gestrigen Fraktionsführung habe ich mich bereit erklärt, hier die größte Regierungspartei zu fragen, wie es in Zukunft um die parlamentarische Regierungsform stehen soll. Der „Vorwärts“ hat das Ungehörliche der jetzigen Situation anerkannt. Wir haben das Gegenüber der Parteien in der Rechtsregierung gesehen, eine Wiederholung in einer Linksregierung muß im Interesse unserer Republik vermieden werden. Mit dem Zwischenruf, daß man den Panzerkreuzer aus den Lohnerhöhungen bezahlen soll, liefert der betreffende „Christlichnationale“ nur dem äußersten Radikalismus Waffen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wir lassen uns nicht, auch nicht durch vertrauliche Denkschriften, von kritischer Nachprüfung

dieser Forderung abhalten. Auch „Sachverständige“ können sich schwer irren. In der Regierung müßte es möglich sein, die Frage der Ersatzbauten für die Flotte sachlich zu beraten, wie das 1926 innerhalb der sozialdemokratischen Parteipresse geschehen ist. Auf diese Weise muß die politische Atmosphäre gereinigt werden. Wir wollen keine politische Krise, denn sie läge nicht im Interesse des Volkes und der Republik. (Zuruf rechts: Weil Sie Diebstahler werden wollen!) Der sozialdemokratische Antrag würde den Schiffbau noch keineswegs einstellen. Das deutsche Volk ist dieser Krisenmacherei überdrüssig geworden. Wir wollen in diesem Reichstag überhaupt keine Krise. Mit der Abhebung des sozialdemokratischen Antrags muß diese Panzerkreuzerkrise verschwinden. Es ist besser, jetzt diese Sache klarzustellen, als einer doch kommenden Krise entgegenzugehen. Auch unser Parteitag wird das Wehrproblem beraten und dabei Ostpreußen und die ganze Ostmark und die anderen Grenzländer nicht vergessen. Gemeinsam wollen wir die Not der Grenzländer lindern. Als soziale Republikaner müssen wir es ablehnen, eine ins Hochpolitische gehende, ins Staatspolitische endigende Frage in Verbindung zu bringen mit dem aktuellen schweren Notstand im Ausperrungsgebiet und im Waldenburger Gebiet. Parteigenosse Hirtziefer, der preußische Wohlfahrtsminister, tat in dieser Richtung, was möglich ist! Wir wünschen nicht, daß solche Notstände als Anklage gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft vorgebracht werden.

Darüber müssen wir uns klar werden, eine einheitliche klare Basis schaffen und diese Frage aus der Politik ausschalten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Drewitz (B. G.) meint, politische Schwierigkeiten, wie sie sich jetzt zeigen, würden dann nicht mehr eintreten, wenn sich die Parteien daran gewöhnen könnten, einen anständigen Wahlkampf zu führen. Es ist unerfindlich, wie der Abg. Lemmer hier erklären konnte, der Panzerkreuzer würde nicht gebaut sein, wenn seine Freunde früher im Kabinett geblieben hätten. Wir stellen fest, daß die Auftragserteilung zum tatsächlichen Bau des Panzerkreuzers am 17. August d. J. vom gegenwärtigen Reichsladineit beschlossen wurde. (Sehr wahr! bei der B. G.) Der Redner begründet denn den Antrag seiner Partei, ein Marine-Bauprogramm auf lange Sicht herzustellen und bis zu seiner Vorlegung die Panzerkreuzerarbeiten einzustellen. Dieser Antrag wolle den dauernden Kriegen bei solchen Fragen und vor allem auch vermeiden, daß eine Regierungspartei draußen im Lande unverantwortliche Agitation treiben könne. Von der Haltung des Hauses zu dem Antrag der Wirtschaftspartei wird die Wirtschaftspartei ihre Haltung zu dem sozialdemokratischen Antrag in der Schlussabstimmung abhängig machen. (Beifall bei der B. G.)

Abg. Dreher (Nat.-Soz.): Die Sozialdemokraten wollen unsere ganze Wehrmacht vernichten. Was nicht ein Panzerkreuzer, wenn Vaterlandsverteidiger als Belagerung drauf sind!

Abg. Wendhausen (Chr. Bauernp.): Der gestrige Zwischenruf aus unserer Reihen sollte nur dastehen, daß der Bauer, der oft ganz ohne Lohn arbeitet, nicht vertritt, daß im merfort Lohnerhöhungen gefordert werden. Diese beschämende Tragikomödie hier ist nur möglich unter dem jetzigen Staatsystem der Verantwortungslosigkeit, aber um so eher wird die Wandlung kommen. Auch den Anhängern des Parlamentarismus dümmert das schon. Nach monatelanger Pause sind wir wieder zusammen, um zunächst drei Tage lang in den Rechtsstreit über den Ruhrfriedenspruch uns einzumischen und eine beginnende Verständigung der Parteien zu stören. Wir fordern Schutz des Ostens. Wir sind friedensfreundlich, begrüßen diese Ausrückung des Reichskanzlers, aber dem Fiedler muß die Rentabilität gesichert sein. (Beifall.)

Abg. Dr. Fehr (Dsch. Sp.): Wir haben die erste Rate nicht bewilligt, weil die Wirtschaftslage zu ungünstig war und die Steuerbelastung zu hoch ist. Der ordnungsgemäß beschlossene Haushaltsplan muß aber durchgeführt werden, daran soll ein Regierungswechsel nichts ändern. Deshalb werden wir den Anträgen nicht zustimmen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

Was wir zum Panzerkreuzerbau zu sagen haben, hat Abg. Wels gestern mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Außerdem muß unsere Haltung, die hier von einigen Rednern angezweifelt oder als unaufrichtig hingestellt worden ist, jedem klar sein, der die Verhandlungen innerhalb unserer Partei draußen im Lande in den letzten Wochen verfolgt hat. Unter diesen Umständen ist es doppelt verwunderlich, wenn behauptet wird, es sei uns mit unserem Antrag nicht Ernst. (Sehr richtig! bei den Soz. Lohhafter Widerspruch rechts. Zwischenruf des Abg. Westarp.) Ein Mann, der so im Glashaufe sitzt wie Sie, der derartige politische Wandlungen hinter

sich hat, sollte sich wahrhaftig überlegen, anderen den Vorwurf der Unehrlichkeit und Unlauterkeit zu machen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß es uns bis zum letzten Augenblick vollkommen Ernst ist mit unserem Antrag, daß wir ihn absolut zur Durchführung bringen wollen, daß unsere Forderung nach wie vor dahin geht, es möge sich eine Mehrheit in diesem Hause finden, die unserem Antrag zustimmt.

Herr Treviranus hat die Vermutung geäußert, daß wir Abkommandierungen vornehmen würden; wir spielen nicht in solcher Weise mit unseren Mitgliedern, das werden Sie sich nachher bei der Abstimmung sehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wir waren uns bei der Einbringung unseres Antrages klar, daß politische Konsequenzen eintreten würden, die wir nicht wünschen. Wir mußten diesen Konsequenzen ins Auge sehen, aber wir waren in jenem Augenblick der sicheren Erwartung, daß es keine Instanz geben würde, die sich dem Botum eines neugewählten Reichstags nicht zu fügen entschlossen sein könnte. (Sehr gut! bei den Soz.) — Abg. Graf Westarp: Denken Sie an Ihre Reden im Wahlkampf! Wir denken nicht daran, davon irgend etwas zurückzunehmen.

Herr Brüninghaus behauptet, wir wollten mit unserem Antrag eine Diktatur der Minderheit aufrichten. Ich verstehe nicht, wie das geplant sein soll. Wir sagen einfach: ein neuer Reichstag ist gewählt, der sich mit dieser eminent wichtigen Frage noch einmal zu beschäftigen das volle Recht hat. Das widerspricht in keiner Weise dem Parlamentarismus und der Demokratie. Ein neugewähltes Haus muß die Möglichkeit dazu haben. Wir warten ab, wie sich die Mehrheit in diesem Hause zusammensetzen und ob sie sich ergeben wird. Entsprechend dieser Mehrheit wird dann gehandelt werden. Wo ist denn die Diktatur einer Minderheit, wenn die Mehrheit dieses neugewählten Reichstags über diese Frage entscheidet?

Dr. Wirth hat über die Krise des parlamentarischen Systems gesprochen und gefordert, daß einmal klar festgelegt werde, wo die Verantwortung für die Regierungspolitik liege. Er wird mich entschuldigen, wenn ich dem hohen Rang seiner staatspolitischen Ausführungen in diesem Augenblick nicht folge. Wir sagen, die klare Verantwortung trägt das vom Volk gewählte Parlament, es ist die Volksvertretung, die zu entscheiden hat, was in irgendeinem Einzelfall zu tun ist. Ich sehe in diesem Fall keine Krise des Parlamentarismus, um so weniger, als das Parlament vor eine ganz klare Frage und Entscheidung gestellt wird. Das aber ist der Sinn der theoretischen und der praktischen Demokratie.

Jedes Mitglied des Hauses hat in einer solchen Situation auf eine solche Frage diejenige Antwort zu geben, die es mit seiner Überzeugung und seiner Ansicht zu dieser Frage durchaus zu vereinbaren hat. Dies ist die Antwort auf die Frage Dr. Wirths an uns und an das Parlament. (Sehr gut! bei den Soz.)

Wir sind berechtigt, ja, verpflichtet, diese Frage noch einmal vor das Parlament zu bringen. Wir erwarten die Entscheidung des Reichstags.

Nach einmal lasse ich kurz die Gründe unserer sachlichen Opposition gegen den Bau des Panzerkreuzers zusammenfassen. Selbstverständlich sind wir innerhalb der Grenzen des Verfallener Vertrages bereit, das zu tun, was wir in Anbetracht der internationalen Situation zur Sicherung des Deutschen Reiches für erforderlich halten. (Rufe rechts: na also!) Aber wir binden uns nicht an die Bestimmungen und an die Möglichkeiten des Verfallener Vertrages, sondern wir fragen uns in jedem einzelnen Fall, ob ein Vorschlag, der zur Ausfüllung der Möglichkeiten des Verfallener Vertrages gemacht wird, zweckdienlich ist und ob er wirklich zu rechtfertigen ist. Wir prüfen das selbst. Abg. Treviranus hat uns nahegelegt, für den Panzerkreuzer einzutreten, weil dadurch gemaltete Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Er ist ein ebenso schlechter Nationalökonom wie Politiker. Es kann sich doch nur darum handeln, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die zweckmäßig und produktiv ist, sonst gäbe es ja nichts geschickteres, als alle vorhandenen Kriegsschiffe in Grund zu bohren, um sie durch neue zu ersetzen. (Sehr gut! bei den Soz. — andauernder Lärm und Zwischenrufe rechts und bei den Komm.)

Wir prüfen selbst die Zweckmäßigkeit und wenn Rüstungsvorschläge gemacht werden, so beugen wir uns nicht unter die Diktatur irgendwelcher Personen, die sich mit Recht oder Unrecht als Sachverständige ausgeben.

Man begründet den Panzerkreuzerbau besonders mit dem Schutz

DAS BESONDERERE AN SALAMANDER



besteht darin, daß jedes Paar in der eigenen Schuhfabrik hergestellt ist und Einheitspreise von der Fabrik festgesetzt sind. Nur das gibt die Gewähr, daß jedes Paar gut und preiswert ist.

SALAMANDER

DAS ERZEUGNIS DER GRÖSSTEN DEUTSCHEN SCHUH-FABRIK

Preussens. Wie schon Wg. Wets gesagt hat, haben wir andere Mittel für wesentlich zweckmäßiger zum Schutz Ostpreussens als dieses Panzerschiff. Man sagt über die Schwandauerung aus Preussens und die Schwächung des Menschenwills gegen irgendwelche möglichen feindlichen Einfälle. Wer wandert denn ab? Das sind doch die Landarbeiter, die dort nicht die Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz haben. (Lärm rechts, Auf: Ihr sitzt doch in der Regierung, schaff doch Wandelung!) Daß wir bereit sind, eine andere Landarbeiterpolitik in Ostpreußen zu erlassen, ist selbstverständlich und dazu bedarf es nicht Ihrer Auforderung. Wir sind durchaus bereit, auf Kosten des Großgrundbesitzes in Ostpreußen genug Bauern anzuliedeln.

Wie begründet unsere sachlichen Einwendungen sind, zeigt ein neues marineteknisches Buch in englischer Sprache, in dem Berichte der nordamerikanischen Marine erwähnt werden, die beweisen, daß solche Kreuzer innerhalb weniger Minuten infolge der Fortschritte der Flugtechnik und der Ansichtsbarmachung der Luftgeschwader in Grund geböhrt worden sind. Beispielsweise ist das ehemalige deutsche Panzerschiff „Ostfriesland“ mit 22 000 Tonnen innerhalb von 2 Minuten in Grund gehöhrt worden. Ebenso die Panzerschiffe „Virginia“ und „Zenon“ mit je 18 000 Tonnen innerhalb weniger Minuten. Das berichtet ein Sachverständiger. Wir haben keinen Anlaß, irgendeinem militärischen oder Marinefachverständigen unbegrenztes Vertrauen entgegenzubringen, um so weniger, wenn die Urteile der deutschen Sachverständigen sich innerhalb kurzer Zeit so häufig und so lebhaft widersprochen haben.

Vor allem aber sind es die sozialen Verhältnisse im deutschen Volk, die uns zu unserer Gegnerschaft bestimmen. Man hat meinem Kollegen Wets vorgeworfen, daß er zu lange bei den Verhältnissen in Waldenburg verweilt habe. (Zuruf rechts: Ach wo, es war sehr heiter!) Gerade in dieser Stunde war es dringend erforderlich, auf dieses furchtbare Elend hinzuweisen.

Wenn damit kein anderer Erfolg erreicht werden sollte, so doch wenigstens der, daß die Redner aller anderen Parteien sich genötigt ansehen haben, sich mit dieser Art gleichfalls zu beschäftigen. Es wird hier so oft und so ausgiebig von der Rot der Landwirtschaft gesprochen, da haben wir auch das Recht, von der Rot der Arbeiter zu sprechen. (Lob. Zustimmung links.) Gerade in Arbeiterkreisen kann man den Bau des Panzerkreuzers nicht verstehen, wenn so furchtbare Not besteht. Die Arbeiter denken auch an die Zeit vor dem Krieg, an die vielen rüstungssehrigen Sachverständigen und an jene Tradition des alten Heeres, die darin bestand, daß das alte Heer für das Volk weiter nichts war, als die Möglichkeit, Kanonensulzer zu stellen und die Leistung jenen vorbehält, die nahher geflüchtet sind, oder zum Teil auch heute noch sich aufblähen. (Großer Lärm rechts. — Stürmische Zustimmung links.)

Wir sind weit entfernt zu behaupten, daß in diesem Hause außerhalb der Sozialdemokratie kein Verständnis für die sozialen Räte bestehe. Wir wissen, daß gerade auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung vieles durch Zusammenarbeit von Sozialdemokratie und Zentrum geschaffen worden ist, und zwar in einer Zeit, wo die Deutsche Volkspartei noch hinter Herrn Westarp herlief. Indessen gibt es Abstufungen, und Sie werden es uns nicht übelnehmen, daß wir als eine Partei, die die Arbeiterschaft vertritt, gerade den sozialen Fragen die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Und da halten wir den Bau des Kreuzers nicht nur aus militärpolitischen, sondern wegen der sozialen Not für unzweckmäßig. Daraus kann man uns doch keinen Vorwurf machen!

Wir wissen, daß diese Erwägungen auch in anderen Fraktionen aufgestellt worden sind, und daß Mitglieder anderer Fraktionen draußen deutlich zu erkennen gegeben haben, wie sie mit unserem Antrag einverstanden sind.

Es liegt uns nichts daran, Meinungsverschiedenheiten in anderen Fraktionen anzuführen, wir wollen damit nur zeigen, daß wir mit diesen Erwägungen nicht allein stehen, und daß der uns gemachte Vorwurf der Gegnerschaft gegen die Wehrhaftigkeit und des Mangels nationaler Gesinnung sich auch gegen die dissentierenden Mitglieder anderer Fraktionen richten.

Hg. Wirth hat von der schwierigen politischen Lage gesprochen: In der Tat ist sie mindestens außergewöhnlich. Er hat auch von der Koalitionsregierung gesprochen; eine solche besteht ja sichtlich zurzeit nicht. Dr. Wirth hat dann gemeint, es sei eine sozialdemokratische Regierung, an der seine Partei nur bis zu einem gewissen Grade beteiligt sei. Das Zentrum ist nur mit einem Mitglied beteiligt, aber sie trägt innerhalb der Regierung doch die selbe Verantwortung wie wir. Auch das scheint uns den Sinn der Demokratie zu sein. Von einer Beteiligung in gewissem Grade zu sprechen und eine Prozentrechnung der Verantwortung aufzustellen, würde ich für falsch halten. Es besteht trotz des jetzigen Auseinanderstimmens die absolute Möglichkeit, ein festes Fundament dieser Regierung zu suchen. Wir nehmen an, daß wir trotz mancherlei Klippen dazu gelangen werden, dieses feste Fundament zu schaffen.

Ebenso wenig wie Dr. Wirth wollen wir eine Krisis. Aber es ist unsere Pflicht, in dieser Frage unsere Grundzüge zu vertreten unbeschadet der Tatsache, daß unsere Parteigenossen in der Regierung sitzen.

Wir richten an den neuen Reichstag die Frage, ob er zu dem Beschluß des alten Reichstags steht oder ob er ihn revidieren will. Von der Beantwortung dieser Frage wird die weitere Behandlung der Dinge abhängen. Wir gehen unseren Weg und verlangen, daß Sie

Erklärung.

Ich, endesfertigter Leopold Uher, bedaure die Einschaltung des in der Nummer vom 11. Juni 1927 des „Brünner Montagsblattes“ unter dem Decknamen Falk Enghagen veröffentlichten Gedichtes „Scheidemann“ auf das schärfste und gebe dem Herrn Reichstagsabgeordneten Philipp Scheidemann dadurch Genugtuung, daß ich ihn wegen Aufnahme des Gedichtes, wegen der darin enthaltenen Beschuldigungen, Beleidigungen und Beschimpfungen, aber auch wegen der im Zuge des Strafverfahrens vorgebrachten und unter Beweis gestellten weiteren unwahren Angaben hiermit um Entschuldigung bitte. Indem ich dies erkläre, stelle ich gleichzeitig fest, daß ich keine der im intrinierten Gedichte enthaltenen Behauptungen aufrechtzuerhalten, geschweige denn auch nur im entferntesten zu erweisen in der Lage bin. Ich bedaure daher, alle diese Äußerungen in Unkenntnis des wahren Sachverhalts und, irreführend durch falsche Informationen, veröffentlicht zu haben, und ziehe sie in aller Form zurück.

Angeichts dieser Tatsache und der Schwere der unter Verfolgung gesehenen Beschuldigungen und Äußerungen, verpflichte ich mich weiter:

1. zur Leistung einer Geldbuße per 1000 Kr. zugunsten der „Deutschen Landeskommission für Kinderschutz- und Jugendfürsorge in Brünn“;

2. zur Veröffentlichung dieser Erklärung in folgenden Druckschriften: „Vorwärts“, Berlin; „Deutsche Zeitung“, Berlin; „Prager Tagblatt“; „Eidetenndeutsche Tageszeitung“; „Volksofreund“, Brünn und „Lagesbote“, Brünn;

3. zur Bezahlung der Prozeßkosten und Vertretungskosten.

Brünn, am 12. November 1928. Leopold Uher.

wissen Uebergangung als schriftlich abgeben. (Sachlicher Bericht bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Könen (Komm.): Die Unehrlichkeit der Sozialdemokraten zeigt sich auch in ihrer Parole gegen das Volksbegehren. Bei der zweiten Rate wird man ja sehen, ob Hilferding und Müller sie durch Einspruch verhindern werden. Dem Wunsch der Sozialdemokraten, daß ihr Antrag abgelehnt wird, werden wir im Gegensatz zu Demokraten und Zentrum nicht folgen. Wir werden den Kampf außerparlamentarisch weiterführen durch Komitees zur aktiven Bekämpfung der Kriegsgefahr. Wegen verschiedener beleidigender Äußerungen erhält der Redner zwei Ordnungsrufe.

Hg. Joos (Z.) erklärt für einige Mitglieder des Zentrums, die über den Panzerbau anderer Meinung als ihre Fraktionsmehrheit sind: Da bereits Bauaufträge über 32 Millionen vergeben sind, handelt es sich jetzt nur noch um die Frage, ob der bereits begonnene Bau vollendet werden soll. Dies und die Rücksichten auf die Landesverteidigung ermöglichen uns, mit unserer Fraktion zu stimmen. Wir setzen aber voraus, daß dem Reichstag noch vor der zweiten Rate ein Gesamtprogramm der für die Landesverteidigung nötigen Ausgaben mit Begründung vorgelegt wird.

Damit ist die Debatte beendet.

Die Abstimmungen.

In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag mit 255 gegen 203 bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Die parlamentarischen Minister hatten zur Abstimmung ihre Abgeordnetensitze eingenommen. Von den Fraktionen der SPD. und der KPD. fehlten nur je zwei Mitglieder.

Der kommunistische Antrag, die 9,3 Millionen der ersten Rate für Schulleistungen zu verwenden, erübrigt sich damit. Einige weitere Anträge hierzu werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Reichswehrminister wird in gewöhnlicher Abstimmung abgelehnt und darauf in namentlicher Abstimmung mit 392 gegen 62 Stimmen bei 5 Enthaltungen der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Gesamtregierung. Mit den Kommunisten haben nur die National-Sozialisten gestimmt.

In dritter Lesung wird darauf das Gesetz über die Vereinigung von Baden mit Preußen einstimmig angenommen.

Um 6 1/2 Uhr vertagt sich das Haus.

Sonabend: 13 Uhr: Beratung des Ausschusses über die Anträge zur Ausperrung im Ruhrgebiet, wenn der Sozialpolitische Ausschuss bis dahin fertig ist. Außerdem kleine Vorlagen.

Gewinnauszug
2. Klasse 32. Preussisch-Eidendeutsche Klassen-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 16. November 1928

Da der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M.	258086
2 Gewinne zu 5000 M.	113204
4 Gewinne zu 1000 M.	329056 339368
8 Gewinne zu 500 M.	27949 125672 355467 388715
20 Gewinne zu 200 M.	18075 67317 120695 172778 190485 245753
271396	277437 306734 301675
84 Gewinne zu 100 M.	1804 2695 25065 35588 41968 43061 89581
77374	63611 87963 92826 93516 117386 137678 151493 156372
169229	176149 182816 191282 199246 202968 203008 207668 214519
248246	254691 274533 275088 279431 285379 291195 292267 294377
297133	308319 314674 336473 369323 372623 394587 399411
246 Gewinne zu 100 M.	1439 1676 2302 22070 25798 26550 28067
29393	37124 43849 45397 45454 46577 48568 51775 53169 58645
62606	69867 71195 76712 85457 85788 88068 90378 91592 93243
94871	96880 105012 105605 105966 112907 112909 116399 116120
116480	116954 117509 118677 120365 129226 136907 141906 153393
153481	154708 169268 171960 176499 176678 184845 185365 186920
191011	193361 196649 198718 204306 206425 208620 214874 218034
219799	221796 222915 223640 224629 226804 229333 230326 231849
234220	236260 244326 249791 251793 251449 271688 280160 281909
288308	291145 297764 299076 303732 306552 310779 311952 312293
315006	317647 319285 319757 321469 321941 329691 330939 33215
332782	333937 336340 337130 341354 348099 348217 347825 350479
351225	356856 361140 361756 363226 371363 375181 380021 381568
382694	386176 390281 394666 395421 398769

Da der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen

4 Gewinne zu 2000 M.	47686 157573
2 Gewinne zu 1000 M.	329555
12 Gewinne zu 500 M.	179309 212155 258605 261587 328045 353477
22 Gewinne zu 200 M.	199547 12967 13088 67458 153931 209225
258462	299768 303281 338771
120 Gewinne zu 100 M.	25655 26885 30006 34412 59190 67172 67460
73092	75860 77467 78753 85785 91494 93773 93810 98656 99498
104431	111672 118799 133229 134280 142977 146400 159648 166342
176284	195209 203151 222486 227906 236691 240569 259683 264116
268749	271091 274408 278256 275365 287094 289309 303910 305727
306299	308535 317734 319037 323730 330583 339456 341651 351314
351663	354528 356693 357710 352844 364456 391581
300 Gewinne zu 50 M.	43537 43837 67163 69238 60637 62850 63444 72329
76003	79509 85998 87673 87721 88944 91459 92517 93633 95341
96737	97457 99571 103879 110124 123682 124268 124419 125778
127854	137723 139367 151652 152206 152278 153359 153907 155812
163185	168417 174949 176482 180135 181968 189061 192923 194807
195157	196500 197767 202234 204974 209762 217894 217939 219032
219927	220472 230035 232814 237011 238873 240280 243581 247063
247297	248578 248609 253702 253789 253878 257066 258703 259535
265181	266077 266150 267203 274824 278161 278769 282130 289447
291184	293378 296176 302190 305395 306027 310330 311612 314112
314791	316514 318112 320202 325770 326637 327399 328476 331041
335968	338691 348559 349545 352569 354356 356875 362597 369099
372058	376614 387909 388348 392045 395080 396047 399462

Was sagt der Bär?

KOM UNION



Dienst am Volke

leisten die Volksvertreter.
Auch die Cigarette will dienen
in dem Bestreben, allen Werk-
tätigen Freude und Erquickung
zu bringen. Seit Jahren übt
anerkannter Dienst am Volke

Joseetti Juno
Berlins meistgerauchte 4's Cigarette

Drei Begegnungen.

Von D. Snekutis (Wilna).

In dieser bunten Welt kommt man öfters zu Bekanntschaften, die man dann aus den Augen verliert, um ihnen später einmal wieder zu begegnen. Mitunter legt man auf solche eine Wiederbegegnung keinen sonderlichen Wert, aber das Schicksal spinnt unbetümmert seine Fäden.

So erging es dem braven Bürger Jonas Kleomedis mit Nikolai Konopiattin. Das erstmal trafen sie einander in Mogilew während des Weltkrieges. Jonas Kleomedis war aus Furcht vor den Deutschen aus seiner litauischen Heimat nach Mogilew geflohen. Unterwegs hatte er seinen Paß verloren, und so betrat er klopfsend Herzogs das Polizeirevier. Er stand dem Wachtmeister 20 Kopeten zu; dieser zeigte ihm darauf dienstfertig den Tisch des zuständigen Beamten, nachdem er ihn zunächst angeschaut hatte.

Der Beamte sah Jonas sehr streng an und fragte barsch: „Wie heißen Sie?“ — „Kleomedis, Herr Inspektor.“ — „Sind Sie Litauer?“ — „Nein, aus Litauen.“ — „Litauen? Gibt es nicht!“ — Kleomedis versuchte vergeblich, dem hohen Beamten geographische Kenntnisse über dieses Land beizubringen. „Das heißt Nordwestgebiet und nicht Litauen“, versetzte der Beamte, „haben Sie zwei Photographien?“ — Jonas überreichte dem Beamten einen Briefumschlag, in dem sich zwei Photographien und ein Zehnrubelstück befanden. Des Inspektors Gesichtsausdruck klärte sich zusehends auf. Er füllte rasch die Formulare aus und erklärte dabei im Tone äußerster Gütmütigkeit: „Also wozu viel Formulare!“ Ich bin ein echter Russe mit einer meilenweiten Seele... Ich heiße Nikolai Konopiattin... Bitte besuchen Sie mich. Wissen Sie, Ihr Neuherr war mir sofort ungemein sympathisch! Auf Wiedersehen, Herr Kleomedis, es hat mich sehr gefreut!“ — So wurde die denkwürdige Bekanntschaft zwischen Jonas Kleomedis und Nikolai Konopiattin geschlossen.

Sehr bald war Jonas über die Lebensverhältnisse seines neuen Freundes genau unterrichtet: der Inspektor war verheiratet, hatte zwei Kinder, erhielt zwar nur 30 Rubel Monatsgehalt, zahlte indessen für seine Wohnung 40 Rubel monatlich und lebte auch sonst nicht übel. Man traf sich von Zeit zu Zeit beim Schoppen. Aber, wie nun das Leben ist, du denkst: morgen treffen wir uns wieder... aber — halt! — es vergehen Tage, Wochen, Monate...

So kam es auch hier. Zwei Jahre später — im Dezember 1918 — war Kleomedis, auf der Rückreise nach seinem Heimatstädtchen, in Wilna angefangt. Da begegnet er einem arg zerlumpten Menschen, der demütig den Hut vor ihm zieht. Schon will er ihm einen Groschen geben, als der Mann ausruft: „Ach, Herr Kleomedis, Sie erkennen mich wohl nicht! Bin doch Ihr alter Freund Nikolai Konopiattin aus Mogilew!“ — „Heber alter Freund! Entschuldige tausendmal; habe dich nicht erkannt, — wirst sicher sehr reich werden!“ — „Reich? Keine Spur! Wo ich seit Tagen nichts gegessen habe...“

Kleomedis führte seinen Freund in ein Speisehaus und bewirtete ihn mit einer Fleischbrühe, die den Rehlknochen und gutem russischen Bier. Der Inspektor o. D. verschlang alles im Tempo und erzählte dazwischen seine Leidensgeschichte: nach der Revolution habe man ihn mobilisiert und an die Front geschickt; hier sei er in deutsche Gefangenschaft geraten; nach seiner Flucht aus dem Gefangenenlager habe er sich in den Wäldern herumgelaufen und erst nach der deutschen Revolution es gewagt, in Wilna aufzutreten. — Zum Abschied schenkte Kleomedis dem Freunde 10 Ostrubel.

Wieder gingen Jahre ins Land. Neun Jahre später wurde Kleomedis verhaftet, — vielleicht hatte er eine illegale Zeitung gelesen oder sich über den Polizeivorsteher ungehörlich geäußert. Kurzum, er wurde von zwei uniformierten Polizisten ins Gefängnis eingeliefert. „Zuwachs, Herr Direktor!“ — „Wieder so ein Landstrolch? Sollen den Staub des Vaterlandes von ihren Herzen schütteln, die Brüder!“ — Die Stimme kannte er doch!...

Ein wohlgenährter Mann in ordentlich Uniform erschien. „Klein, der schielende Blick, der rote Schnauzborst, — das war Nikolai Konopiattin aus Mogilew. Aber dem Konopiattin aus Wilna sah er gar nicht ähnlich.“

Da er hatte sich gründlich verändert. Nicht einmal Nikolai Konopiattin hieß er jetzt, sondern Nikolajus Konopiattinas. Der wohlgedachte Russe mit der meilenweiten russischen Seele hatte sich in einen echten Litauer mit garantiert echt litauischer Seele verwandelt. Jetzt wußte er genau über Litauen Bescheid...

Zwei Paar Augen kreuzten ihre Blicke. Das Lächeln auf dem Gesicht des Jonas erstarrte. Konopiattins Gesicht wurde erst glutrot, dann kreideweiß. Er presste die Lippen aufeinander. Dann sagte er mit schriller Stimme:

„Abführen! An die Zelle! Handfesseln anlegen!“

Das war Jonas Kleomedis und Nikolai Konopiattins dritte Begegnung...

Ob sie in diesem Leben einander noch einmal begegnen werden? Und wie? Wer weiß... (Aus dem Litauischen von G. W.)

Am feuerspeienden Krater des Aetna.

Der bekannte deutsche Naturforscher Professor Koelliker hat in seinen bei Engelmann erschienenen Erinnerungen die Schilderung einer Forschungsreise nach dem feuerspeienden Krater des Aetna hinterlassen, da er die günstige Gelegenheit hatte, die fürchterliche Eruptionstätigkeit dieses Vulkans im Winter 1852 kennen zu lernen. Seine Darstellung wird heute, wo der Aetna wieder eine gefährliche Tätigkeit entfaltet, von besonderem Interesse sein.

Er schreibt u. a.: „Diesen Strom kann ich nicht besser vergleichen als mit Schutt- oder Geröll-Lawinen, wie sie auf steilen Abhängen der Alpen so häufig zu beobachten sind, denn wenn derselbe auch als ein zusammenhängender feuriger Streifen und auf den ersten Blick als ein flüssiges Gestein, so bestand derselbe doch aus nichts anderem als aus herabrieselnden, zwar feurigen, rotglühenden, jedoch schon in kleinen Lavaströmen der verschiedensten Dimensionen. Da wir von einem Punkte, auf dem wir standen, ein Stück des Stromes von etwa 10 Minuten Länge übersehen, so hatten wir beständig zwei, drei oder vier große Feuerströme und viele kleine vor uns, denn wenn einer verstieg oder schwächer wurde, so trat ein anderer wieder an anderer Stelle neu auf oder öffnete sich die alten Schlünde wieder. So schreitet der Lavaström, in seinem Innern und an seiner Oberfläche sich bewegend, zwar langsam und ungleichmäßig, aber doch stetig fort, und reißt alles, was sich ihm entgegenstellt, mit sich fort. So sehen wir eine Menge verschiedener Bäume und Gesträuche von demselben ergriffen werden, und es war ein feuerlich-schönes Schauspiel, dem Ort der Zerstörung durch die

Der philosophische Verbrecher.

Jack Black nennt er sich, und was er von seinem Dasein erzählt, ist angetan, die Verbrecherlaufbahn durchaus nicht in dem roßigen Licht erscheinen zu lassen, in dem manche abenteuerlustige Knaben und Jünglinge sie sehen, zumal in einer Zeit, die durch Filme und Kriminalromane und Theaterstücke den Schleier hohen Heldentums um Verbrechen und Verbrecher webt. Der Verbrecher, das ist heute der Ausnahmeheld, der Mensch, dessen Tun und Treiben interessanter ist, als das des gewöhnlichen Alltagsmenschen. Hören wir einmal, was ohne Schönfärberei ein Verbrecher von seiner Laufbahn berichtet:

Eines Abends ging ein vierzehnjähriger Knabe zum Bahnhof, um zu sehen, wie der Expresszug einlief, wie die Passagiere ausstiegen und wie der Zug dann wieder hinausdampfte. Es war nicht der erste Abend, daß sich der Knabe hier einfand. Es war, streng genommen, eine von den beiden Vergnügungen, die die kleine Stadt ihren Bewohnern zu bieten hatte. Das andere Vergnügen war die Bar des einzigen Hotels der Stadt.

An diesem Abend stieg nur ein Passagier aus, ein großer, hagerer Herr mit aufrechter Haltung und militärischem Gang. Er trug einen hellgrauen Anzug, hellgrauen Hut und hellgraue Handschuhe in der Hand. Er nahm einen Gepäckträger, übergab ihm einen Lederkoffer, der soeben aus dem Gepäckwagen ausgeladen wurde, und machte sich mit dem Träger als Wegweiser auf den Weg nach dem Hotel.

Der Vierzehnjährige folgte dem Mann in dem hellgrauen Anzug, sah den Träger den Koffer in der Halle niederlegen und blieb stehen, um ihn zu betrachten. Es war, wie gesagt, ein Lederkoffer, voller Risse und Schrammen, besetzt mit Plakaten von Hotels, Dampferlinien und Expresszügen der ganzen Welt. Dieser alte Koffer faszinierte ihn. Er konnte sich nicht von seinem Anblick losreißen. Er bückte sich, streichelte ihn, las die Aufschriften. Er fragte sich, was das wohl für ein Mensch sein mochte, dem so ein kostbarer Gegenstand gehörte. Der Koffer erweckte eine schwindelnde Sehnsucht in ihm, war ihm die Repräsentation von Abenteuer, Welt, Leben.

Der Träger kam zurück, nahm den Koffer und trug ihn die Treppe hinauf, in das Zimmer des wunderbaren Besitzers. Der Vierzehnjährige schöpfte tief Atem. Dann aber richtete er sich auf, steckte die Hände in die Hosentaschen und wanderte auf die Straße hinaus. Er hatte seinen ersten, großen Entschluß gefaßt. Er mußte sich so einen hellgrauen Anzug, so einen hellgrauen Hut und so einen Lederkoffer beschaffen. Am anderen Tage suchte er in seinen schulfreien Stunden Arbeit zu bekommen, um so rasch wie möglich seinen Traum zu verwirklichen. Es dauerte viele Jahre, bis er in solche Verhältnisse kam, daß er ihn anschaffen konnte. Aber da war es zu spät. So ein Anzug paßte nicht für den Beruf, den er gewählt hatte, ebensowenig der Lederkoffer mit den vielen Plakaten. Sein Beruf erforderte einen weniger auffallenden Anzug, wohl auch teure und gutstehende Kleider, aber neutrale, die niemandem auffielen und von denen kein Mensch nach fünf Minuten sagen konnte, ob sie blau, braun oder schwarz waren.

An Abenteuern oder hatte er keinen Mangel. Vor dem Tage seiner Großjährigkeit hatte er sechs Jahre als Landstreicher und Dieb verbracht, war verhaftet worden, aber wieder freigelassen worden, da man ihm den Diebstahl, den er wirklich begangen, nicht nachweisen konnte. Mit 25 Jahren hatte er sich zum Sachverständigen für Einbrüche entwickelt und jetzt auch bewaffnet arbeiten gelernt. Als Dreißigjähriger stand er in seinem Beruf groß da.

blau Flamme der brennenden Oliven-, Feigen- und Eichenbäume erleuchtet zu sehen. Manche dieser Bäume widerstanden jedoch merkwürdig lang, und mitten in der Lava fanden wir noch aufrechtstehende Stämme, die der intensivsten Wärme trotzten. Am schönsten nahmen sich neben dem Kontraste der roten Lava und der hellen Flamme der Bäume die nicht selten in ungewohnter Stärke auftretenden Lavaströme aus, namentlich wenn dieselben ungeheure feurige Klumpen jutage förderten.

Wir begannen zu rauchschlagen, wie wir wohl dazu kommen könnten, die bocca oder den Mund, der das Feuer speit, zu erschauen. Nachts zehn Uhr machten wir uns beim herrlichsten Mondschein mit drei Führern und einem Tiere, das unsere Mäntel und den Mundvorrat trug, auf. Nach einem fast unausgesetzten Marsche von 3½ Stunden kamen wir endlich sehr ermüdet um ¼ 2 Uhr nachts auf dem Monte Cassino oder Soccolaro, wie die Führer ihn nannten, einem zwischen 5000 und 5500 Fuß hohen Gipfel der Aetnaausläufer, an, von wo wir uns nun, dicht vor und 250 Fuß unter uns das prächtige Schauspiel der Eruption in größter Bequemlichkeit, d. h. in unsere Mäntel gebüllt und an einem schnell gemachten Reisigfeuer gelagert und einen Becher guten sizilianer Weins in der Hand, genießen konnten. Der Krater erschien uns etwa eine halbe Stunde entfernt, allein unsere Führer behaupteten, es sei nicht mehr als etwa 10 Minuten. Auf jeden Fall war derselbe nahe, doch drohte uns, da wir hoch über demselben standen und der Wind von unserer Seite kam, nicht die mindeste Gefahr. Was wir sahen, war folgendes:

Aus der Talsohle des hier etwa eine Meile breiten Bol de bode erhoben sich zwei neugebildete 100 bis 200 Fuß hohe Kegele, ein niedrigerer unterer und ein höherer oberer, aus deren Spitzen aus weitem Schlunde Lava und Feuer herausquoll. Der niedrigere Krater war der tätiger, und beständig strömte aus demselben eine mit glühendem Kapill untermengte Feuermasse, die meist wie eine kolossale 300 bis 500 Fuß hohe feurige Garbe sich ausnahm. Die Feuerfäule war übrigens nicht immer gleich hoch und stark, vielmehr zeigte dieselbe regelmäßige Intermissionen, indem dieselbe alle drei bis fünf Sekunden unter furchtbarem Getöse und selbst donnerähnlichem Krachen stärker herabstürzte und sich dann wieder vominderte. Der höhere Krater hatte oft eine ziemlich hohe, schlaffe, kegelförmige Feuerfäule, war aber weniger tätig als der andere und zeigte auch längere Pausen, häufig selbst Momente gänzlicher Ruhe. Uebrigens ergab sich deutlich, daß zwischen beiden Kratern, die dicht beisammen lagen, ein Wechselverhältnis stattfand, in der Art, daß, wenn der eine lebhaft spie, der andere seine Tätigkeit verminderte oder ganz ruhte. Aus beiden Kratern stieg hier ein breiter und starker, dort ein schwächerer Strom vollkommen glühender und ganz flüssiger Lava ab, welche am südlichen Fuße des unteren Kraters, mithin auf unserer Seite sich vereinigten und dann gemeinschaftlich ins Tal hinabfloßen, wo sie im weiteren Verlaufe

Als er vierzig Jahre alt war, hatte er infolge der unerhörten Ausreibung durch den Beruf und die wechselnden Schicksale, die damit verbunden waren, nicht mehr die Nerven und die Kraft für eine so schwierige Arbeit wie die des Einbrechers und des Geldschrankknackers. Er war jetzt einfach auf den Straßenraub angewiesen, mit dem Revolver in der Hand und dem Kommando: „Hände hoch!“ In der Mitte der Fünzigjährigen macht er einen Ueberfall über sein vergangenes Leben. Von den dreißig Jahren, die er dieses Leben außerhalb der Gesellschaft geführt hat, hatte er etwa die Hälfte in Gefängnissen verbracht. Er berechnet, daß es ihm gelungen ist, etwa 50 000 Dollar an sich zu bringen, das sind 9 Dollar pro Tag, abgesehen davon, daß ein großer Teil der Summe für Rechtsanwältin und Helfershelfer aufgewendet werden mußte. Und er kommt zu der Erkenntnis: Wenn er die gleiche Energie, die gleiche Konzentration, die gleiche Willenskraft und die gleiche Erfindungsgabe in einem gesetzlichen Beruf eingesetzt hätte, so würde sein Bankkonto wesentlich anders aussehen als es heute aussieht. Und er ist froh, daß er als Verbrecher einen Mißerfolg erlebt hat. Heute ist er Bibliothekar einer der größten Zeitungen von San Francisco und gibt die Abrechnung seines Lebens in dem Buch: „Ihr könnt nicht gewinnen“. In ihm lebt die Ueberzeugung, daß er und alle anderen Straßenräuber und Einbrecher auf die Dauer Mißerfolg haben müssen.

Und seine eigene große Bewunderung spricht aus den Erinnerungen: Wie hat es nur so kommen können? — In seinem Falle handelt es sich nicht um erbliche Belastung, nicht um moralische Defekte, nicht um ein bestimmtes Milieu, das etwa schon seiner Kindheit einen verhängnisvollen Stempel aufgedrückt hätte. Ein frischer, blonder, blauäugiger Junge ist er, etwas besser begabt als der Durchschnitt, von ehrenhaften Eltern geboren. Alles ist durchaus normal. Der Vater ist ein stiller fleißiger Beamter, die Mutter eine ordentliche, liebevolle Frau. Als er zehn Jahre alt ist, stirbt sie, und da der Vater mit dem Knaben nichts anzufangen weiß, schickt er ihn in eine Klosterschule, wo er sich ausgezeichnet aufführt. Und dann steigt eines Tages der Mann in dem hellgrauen Anzug aus dem Expresszug. — Der Knabe hat ein Ziel für seine Träume gefunden. Er findet eine Stellung, die ihm drei Schilling wöchentlich einbringt. Das Geld gibt er seinem Vater, damit er es ihm zusammenpariert. Der Vater wird in eine größere Stadt versetzt und muß häufig Reisen machen. Der Knabe wird Lauffunge in einem Zigarrengeschäft, das aber in Wirklichkeit ein Spielfalon ist. Hier studiert er die Gäste, ohne irgendetwas hineingerissen zu werden. Im Nebenamt kassiert er für ein Milchgeschäft Geld ein, bei dieser Beschäftigung trifft er in einem Bordell ein Mädchen, das sein Mitleid erregt. Er beschließt, sie von ihrem Leben zu erlösen; er mietet ihr ein Zimmer, während sie sich eine Anstellung suchen soll. Eines Tages sieht ihn der Vater mit dem Mädchen auf der Straße, macht ihm Vorwürfe. Als der Sohn sich in die Wohnung des Mädchens begibt, ist sie verschwunden. Sein Vater war bei ihr gewesen. Er bricht vollkommen mit dem Vater und verläßt die Stadt. Er trifft ein paar Landstreicher, denen er sich anschließt.

Das ist der Anfang. Die Erkenntnis, die er aus dem Leben des Vaters und Verbrechens schließlich gewinnt, ist: es ist ein sehr schlechtes Geschäft, Verbrecher zu sein. Das Leben des Verbrechers ist nichts als ein nutzloses Verschwenden von Energie, Erfindungsgabe und Umsicht.

durch den eigentlichen Gipfel des Berges, auf welchem wir uns befanden, dem Blicke sich entzogen, jedoch — und das kann als Beweis der Länge des Stromes gelten — tief unten mit ihren Enden noch einmal zum Vorschein kamen.

Nachdem wir eine volle Stunde an dem immer großartigen und keinen Augenblick ganz gleichen Schauspiel uns geweidet hatten, machten wir uns auf den Rückweg, diesmal mit Fackeln und Laternen, weil mittlerweile der Mond untergegangen war. Etwas nach 4 Uhr kamen wir wieder in Zaffarona an, sehr erfreut, die Ruhe nicht gestört zu haben, uns einen möglichst vollständigen Anblick von einem Naturereignisse zu verschaffen, das an Erhabenheit von keinem anderen übertroffen und nicht leicht einem Menschen zweimal geboten wird.

Ein Planeten-Thermometer.

Ueberraschende Ergebnisse über die Temperaturen, die auf den Planeten herrschen, sind jetzt mit Hilfe eines kleinen Instruments gemonnen worden, das so empfindlich ist, daß man damit die Temperatur auf Millionen von Kilometern entfernten Planeten messen kann. Diese Messungen mit dem neuen Instrument sind an amerikanischen Sternwarten vorgenommen worden. Näheres darüber teilte der Präsident der englischen Astronomischen Gesellschaft P. R. Phillips in einem Vortrag mit. Das Instrument wurde in den Brennpunkt eines besonders starken Fernrohrs gebracht und kann nach verschiedenen Teilen an der Oberfläche eines Planeten gerichtet werden. Verbunden mit einem Galvanometer, einem besonders feinen Empfangsapparat, verzeichnet es mit erstaunlicher Genauigkeit die Wärme, die von dem Punkt, auf den es gerichtet ist, ausgestrahlt wird. Auf diese Weise hat man festgestellt, daß die Sommertemperaturen auf dem Mars höher sind als die im Winter und daß die Nachmittage auf diesem Planeten wärmer sind als die abends. Rings um die Pole des Mars befindet sich die Temperatur im Sommer etwa auf dem Gefrierpunkt, während in den Gegenden Abende. Rings um die Pole des Mars befindet sich die Temperatur von 60 Grad Fahrenheit herrscht. Das Fehlen einer dichten Atmosphäre macht die Nächte auf dem Mars außerordentlich kalt, so daß die Temperatur hier viele Grade unter Null liegt. Aber auch nach den neuesten Messungen erscheint es nicht unmöglich, daß lebende Wesen dort existieren, die sich an die großen Unterschiede zwischen der Tages- und der Nachttemperatur gewöhnt haben. Der Jupiter, der Riese unseres Sonnensystems, ist als ein kalter Stern festgestellt worden, während man früher glaubte, daß er sich in einem halb sommerartigen Zustande befände. Der Merkur, der keine Planet, der am nächsten der Sonne ist, zeigt sehr hohe Temperaturen. Mit dem Thermometer konnte eine Hitze von 752 Grad Fahrenheit festgestellt werden, bei der Eisen weißglühend wird. Es ist daher vollkommen ausgeschlossen, daß hier irgendeine Art des Lebens bestehen kann.

Daimler-Aktien nach Belgien.

Deutscher Autotruff oder europäische Autowirtschaft. — Opel bleibt selbständig.

In der deutschen Autoindustrie gehen wichtige Dinge vor sich. Der seit zwei Jahren anhaltende Aufschwung, die nach innen währenddessen fortgeschrittene finanzielle Reinigung, gefördert durch scharfe ausländische Konkurrenz sowie den depressiven Stillstand und unter dem gleichzeitigen Druck eines hohen Kapitalzinses, scheint die Auslese jener Autofirmen herbeigeführt zu haben, die so oder so am Leben bleiben. Daß es dabei nach große Uebertreibungen gibt, hat die einem Zusammenbruch gleichkommende Sanierung bei RSL (Reckardulmer Fahrzeugwerke A.-G.) gezeigt.

Daß die zukünftige Entwicklung in der Autoindustrie aber kaum in der Richtung eines deutschen Automobiltruffes geht, dafür ergaben sich deutliche Anzeichen ebenfalls schon bei der RSL-Sanierung: die neuen Heilbronner Werke von RSL wurden von den italienischen Fiatwerken, nicht von deutschen Finanzgruppen oder deutschen Autowerken, übernommen. Es mag Leute geben, die diese Tatsache aus irgendwelchen nationalpolitischen Gründen bedauern, aber die Tatsache steht fest, und sie bedeutet schließlich nichts anderes, als daß mit deutschen organisatorischen und finanziellen Kräften die deutsche Autotruff nicht zu lösen war. Das mag ein schlechtes Zeugnis für die vielgerühmte organisatorische Kunst der deutschen Wirtschaftsführer und Großbanken sein, aber damit ein Industriezweig gesund wird, ist die Achtung nationaler Grenzen ebensowenig eine Notwendigkeit wie für die Profite, die das gut nationale deutsche Kapital unter Achtung der Grenzen jederzeit gerne macht.

Was bei RSL geschehen ist, wiederholt sich jetzt in einem noch bedeutenderen Maße bei Daimler-Benz, neben Opel wohl der bedeutendste Autoproduzent. Bei Daimler-Benz ist Herr Schapiro, ein Finanzier der unruhigen Inflationszeit, ausgeschifft worden. Herr Schapiro hatte 14 Millionen Aktien von Daimler-Benz, für die von einem Großbankentorrium, geführt von der Deutschen Bank, ein Vorkaufrecht erworben war. Dieses große Daimler-Aktienpaket wird jetzt von dem Bankentorrium wahrscheinlich an den belgischen Finanzier van Roggen verkauft werden — mit einem sehr hübschen Profit für die beteiligten Großbanken —, der der führenden belgischen Autofirma „Minerva“ in Antwerpen nahesteht, die belgischen Autofirmen „Imperia“ und „Eggselior“ kon-

trolliert und auch auf die französische Autofirma „Boisin“ Einfluß hat. Damit gehen nominell 14 Millionen von den 50 Millionen Aktienkapital von Daimler-Benz in ausländische Hände über, und es wiederholt sich nur im größeren Maßstab derselbe Vorgang wie bei RSL. Der dabei wahrscheinlich erzielte Verkaufserlös für die Daimler-Aktien von 112 Proz. bedeutet für die Einschätzung von Daimler-Benz insofern eine gute Note, als der letzte Berliner Börsenkurs um mehr als 20 Proz. unter dem Verkaufskurs an den belgischen Interessenten liegt. Die belgische Minerva-Gesellschaft in Antwerpen hat gegenwärtig ein Aktienkapital von 54,8 Millionen Franken, das demnächst auf 64,8 Mill. Franken erhöht werden soll.

Wichtig ist die Bedeutung dieser Transaktion. Eine sehr einflußreiche und leistungsfähige belgisch-französische Autogruppe tritt mit einem führenden deutschen Autowerk in enge finanzielle Verbindung, der zum mindesten der Austausch von Erfahrungen, gemeinsame Entwicklungsarbeiten und ein gemeinsames Vorgehen auf dem Weltmarkt folgen werden. Die Europäisierung der deutschen Autoindustrie unter Ueberschreitung der deutschen Grenzen macht einen Fortschritt, der durch die Tendenz unterstützt wird, den europäischen Markt und die europäische Produktion zu vereinheitlichen und gleichzeitig die europäische Konkurrenzfähigkeit gegenüber Amerika zu verstärken. Mit Sicherheit kann auch diese Tendenz der Schaffung eines Autotruffes innerhalb der deutschen Grenzen nicht förderlich sein.

Daß die bedeutende Firma Opel in Rüsselsheim den Gedanken eines deutschen Autotruffes ihrerseits nie gefördert hat, ist bekannt. Daß in diesen Tagen Wilhelm a. Opel erklärt hat, daß die Gründung der Opel-Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 60 Millionen beabsichtigt und daß die Firma Opel nach wie vor es nicht nötig hatte, Bankkredite oder gar den Schutz von Großbanken in Anspruch zu nehmen, läßt schon heute die Firma Opel als selbständigen Faktor auf dem Wege zur Europäisierung der deutschen Autoindustrie erkennen. Jedenfalls steht Opel einer solchen Entwicklung nicht im Wege. Die nicht schlecht erfundene Werbung, die Firma Opel wolle mit der amerikanischen General Motors Co. zusammenarbeiten, wurde durch Opel demontiert.

80 Jahre englische Konsumvereine

Das englische Beispiel für Deutschland.

Man hat in Deutschland glänzende Beispiele der Entwicklung einzelner großer Konsumgenossenschaften, wie der „Produktion“, Hamburg, Berliner Konsumgenossenschaft, „Vorwärts“, Dresden, und Münchener-Endling, welche einen Vergleich mit großen englischen Konsumgenossenschaften nicht zu scheuen brauchen; aber die deutsche Gesamtbewegung, nur um 20 Jahre jünger wie die englische, steht doch leider noch weit an Umfang und Leistungsfähigkeit hinter der englischen zurück. Zehn Jahre Krieg und Wirtschaftszerrüttung (1914—1924) bedeuteten eben für Deutschland in allen Teilen eine schwere Hemmung.

Was die englische Bewegung für die Bevölkerung bedeutet, zeigen die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der Statistik des britischen Genossenschaftsverbandes über das Jahr 1927. Danach betrug die Zahl der Mitgliederfamilien 5 579 038 oder ein Mehr von 202 210 gegenüber dem Vorjahr. Die Bevölkerungszahl zu 4 Köpfen pro Familie berechnet, bedeutet dieser Mitgliederstand 22 320 142 Einwohner Großbritanniens, also nahezu 50 Proz. der 45 Millionen betragenden Gesamtbevölkerung, während in Deutschland rund 3 800 000 Familien mit ihren Angehörigen nur etwa 22 Proz. der Gesamtbevölkerung umfassen. Mehr wäre besser.

Das gesamte Anteil- und Sparrkapital der englischen Konsumgenossenschaften betrug 109,8 Mill. Pfund Sterling (zirka 2196 Mill. Mark) gegen rund 250 Mill. Mark der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Dementsprechend betrug der Umsatz in Großbritannien rund 200 Mill. Pfund Sterling (zirka 4 Milliarden Mark), in Deutschland etwa 1,2 Milliarden Mark. Der Durchschnittsumsatz der englischen Genossenschaftsfamilie betrug 731 M., der deutschen 302 M.; in Schottland betrug er sogar 1036 M. Von dem gesamten Warenumsatz entfielen auf die eigenen Genossenschaftsfabriken rund 34,9 Mill. Pfund Sterling (zirka 698 Mill. Mark), in Deutschland 241 Mill. Mark. Das Reinertrags betrug in England 19,5 Mill. Pfund Sterling (zirka 390 Mill. Mark), in Deutschland 40,6 Mill. Mark.

Bei einem Vergleich zwischen Umsatz und Reinertrag zeigt sich ein gewaltiger Unterschied zuungunsten der deutschen Konsumgenossenschaften. Während der Umsatz der englischen Konsumgenossenschaften nur 3/4 mal größer ist gegenüber dem deutschen (4:1,2 Milliarden Mark), ist der englische Reinertrag mit 390 Mill. Mark gegen 40,6 Mill. Mark in Deutschland nahezu zehnmal größer. Die Erklärung ist vor allem darin zu sehen, daß der hohe Durchschnittsumsatz in England (731 bzw. 1036 M. gegen 302 M. in Deutschland) die Unkosten der genossenschaftlichen Warenversorgung ganz bedeutend herabdrückt. Dazu kommt allerdings auch noch die wesentlich höhere Steuerbelastung der deutschen Konsumgenossenschaften gegenüber den englischen. Um so mehr müßten die Mitglieder der deutschen Konsumgenossenschaften mit richtigem Wirtschaftsbewußtsein den Durchschnittsumsatz steigern, um die Unkosten zu drücken und ihren eigenen wirtschaftlichen Ruhezustand zu erhöhen.

Das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis, das wie in Deutsch-

land nordwärts Bedeutung gegenüber der Privatwirtschaft besitzt, kommt 160 000 Beschäftigten zugute, von denen 69,6 Proz. in der Warenversorgung, 30,4 Proz. in der Warenherstellung tätig sind. In deutschen Konsumgenossenschaften sind rund 52 000 Personen beschäftigt.

Der Umsatz der drei britischen Großeinkaufs-Gesellschaften betrug 105,4 Mill. Pfund Sterling (zirka 2108 Mill. Mark) oder 52,72 Proz. des Umsatzes der Konsumgenossenschaften. In Deutschland hatten zwei Großeinkaufs-Gesellschaften rund 450 Mill. Mark Umsatz und damit rund 38 Proz. des Umsatzes der Konsumgenossenschaften.

Es ist eine gigantische Wirtschaft, die die englische Genossenschaftsbewegung in 80 Jahren entwickelt hat und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung ist jedem sichtbar. Die deutsche Genossenschaftsbewegung ist 20 Jahre jünger und hat den Weltkrieg als Verlust und Entwicklungshemmung zu buchen. Es besteht aber kein Zweifel, daß sie in den noch fehlenden 20 Jahren bis zu dem menschlichen Optimum von 80 die Differenz gegenüber der englischen aufholen wird. Denn dazu gehört nur die Steigerung der Mitgliederzahl um etwa 2 Mill. Familien und die Steigerung des Umsatzes um etwa 3 Milliarden Mark. Eine große Zahl. Im Durchschnitt aber nur 800 M. pro Jahr und Familie. Es ist erreichbar, und der Augen für Familie und Volk gewaltig. —ff.

Arbeitgeber schurigeln Professoren.

Elf Gießener Professoren unter Zensur.

Daß die Träger der Wissenschaft von den deutschen Unternehmern nur dann Achtung zu erwarten haben, wenn sie in gefügiger Neutralität verharren, das zeigt ein interessanter Fall aus Westdeutschland. Elf Universitätsprofessoren der Landesuniversität Gießen sowie mehrere Studienräte, Pfarrer, Lehrer und andere Personen aus Gießen hatten kürzlich aus Anlaß der Aussperrung in der Eisenindustrie Nordwest einen Aufruf veröffentlicht, in dem es heißt, daß ihrer persönlichen Ueberzeugung nach die Aussperrung als Antwort auf die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches eine Gefährdung der Autorität des Staates darstelle.

Auch bei absolut neutraler Würdigung der Kundgebung der Gießener Professoren muß man es im Interesse der deutschen Wissenschaft als erfreulich erklären, daß die Gießener Elf ihre persönliche Meinung der Öffentlichkeit nicht verschwiegen haben, denn es ist keineswegs gleichgültig, wie unabhängige Professoren über die Aktion der Ruhrherren denken. Aber die Gießener Elf haben die Rechnung ohne die deutschen Unternehmer und Arbeitgeber gemacht, die offenbar ganz anders über das Recht eines Vertreters der Wissenschaft urteilen, seine Meinung als Staatsbürger und öffentlicher Lehrer sagen zu dürfen. Wir fügen allerdings hinzu, daß sehr viele Vertreter der Wissenschaft den deutschen Unter-

nehmern und Arbeitgebern ein Recht zu dieser Auffassung nur allzu oft gegeben haben.

Als Antwort auf diesen Aufruf haben nämlich der Arbeitgebertverband für Oberhessen und den Lahngau sowie die hessische Industrie- und Handelskammer in Gießen erklärt, daß die in diesen Korporationen zusammengeschlossene Industrie mit Befremden von dem Aufruf prominenter Gießener Persönlichkeiten Kenntnis genommen habe. Dieses Befremden sei um so stärker, als der größte Teil der Unterzeichner dem Lehrkörper der hessischen Landesuniversität Gießen angehöre. Diese Herren hätten damit den Boden objektiver Wissenschaft verlassen! Die Deftlichkeit habe Anspruch darauf, daß die anscheinend beginnende Annäherung der Parteien im Ruhrgebiet nicht durch Persönlichkeiten gestört werde, die sich zu Richtern aufwürfen, ohne den Nachweis ihrer sachlichen Kenntnis (!) erbringen zu können.

Es ist schon allerbekannt, daß ausgerechnet eine Industrie- und Handelskammer Universitätsprofessoren dann eine Zensur glaubt erteilen zu sollen, wenn diese ihre persönliche Meinung als Staatsbürger öffentlich zum Ausdruck bringen. Daß Arbeitgeber und Industrie- und Handelskammer den Vorwurf erheben, die Professoren hätten den Boden objektiver Wissenschaft verlassen, und daß sie sich anmaßen, ohne den Nachweis der sachlichen Befähigung den Richter zu spielen, ist ebenso unerhört als lächerlich. Diese Vorwürfe beweisen aber, wie sehr sich die deutschen Unternehmer daran gewöhnt haben, in den Vertretern der Wissenschaft so oder so Kreaturen zu sehen, die sich freuen dürfen, vom Privatkapital an der wissenschaftlichen Tätigkeit nicht gehindert zu werden, die aber suchen müssen, wenn sie als Staatsbürger und Repräsentanten der öffentlichen Meinung ihre Meinung zu sagen wagen sollten.

Stabile Eisentonjunktur im Oktober.

Wie die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ mitteilt, betrug die Roheisenproduktion der deutschen Hochofen im Oktober an 31 Arbeitstagen 1 015 895 Tonnen gegenüber einem Septemberergebnis von 985 413 Tonnen an 30 Arbeitstagen. Die arbeits-tägliche Leistung im Oktober blieb gegenüber dem Vormonat mit 32 771 Tonnen fast unverändert. Die Rindererzeugung je Arbeitstag belief sich auf 76 Tonnen.

Die gesamten Produktionsziffern für Roheisen beliefen sich von Januar bis Oktober dieses Jahres auf 10,85 gegen 10,83 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Obwohl das vergangene Jahr eine Eisentonjunktur von außergewöhnlicher Stärke brachte, blieb die Roheisenproduktion in den ersten zehn Monaten dieses Jahres nur ganz unwesentlich, um 1,6 Proz., hinter dem Vorjahr zurück.

Trotz aller bewußt schwarz gefärbten Prophezeiungen über die Entwicklung der Eisenindustrie, mit denen die Deftlichkeit beunruhigt werden sollte, hat die Eisentonjunktur eine Widerstandsfähigkeit bewiesen, die alle konjunkturschwächenden Einflüsse bis zu der Aussperrungsaktion am 1. November überwinden konnte. Um so verantwortungslos ist das Vorgehen der Rantanherren, die mit der willkürlichen Abdrückung der Konjunktur durch die Stilllegung gegen die gesamte Volkswirtschaft auf das Schwerste sich vergangen haben.

6 Proz. Dividende für Scheuermühlen.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Mühlenvereinigung A.-G. hat sich mit dem Abschluß der Gesellschaft für das erste Geschäftsjahr, das die Zeit vom 3. Januar 1928 bis 30. Juni 1928 umfaßt, beschäftigt. Es wurde beschlossen, der in den nächsten Wochen stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. auf das 10 Millionen Mark betragende Aktienkapital vorzuschlagen.

Umsatzstatistik der Konsumvereine. Nach der Wochenumsatzstatistik des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine vom 3. bis 29. September stieg der durchschnittliche Wochenumsatz je Mitglied gegenüber dem Vormonat von 7,95 auf 8,30 M., während die entsprechenden Ziffern im Vorjahr sich auf 6,41 bzw. 7,25 M. beliefen. Gegenüber September 1927 hat die Umsatztätigkeit je Mitglied also die erfreuliche Steigerung von fast 15 Proz. erfahren. Von den Einzelverbänden mierz im September gegenüber August der Verband sächsischer Konsumvereine die absolut stärkste Zunahme von 11,35 auf 12,86 Mark auf, dagegen bringt die größte prozentmäßige Steigerung gegenüber dem Vormonat der Verband ostdeutscher Konsumvereine, mit einem Zuwachs von 8,2 Proz., was auf den Einfluß Berlins zurückzuführen sein dürfte.

Welfere Stilllegungsanträge im Ruhrbergbau. Die Verwaltung der Zeche „Fröhliche Morgenröte“ und „Zentrum 1/111“ in Battenfeld hat unter Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Lage und die Abgleichunterliegen einen Antrag auf Betriebseinschränkung bis zu 800 Mann zum 30. November gestellt. Die Verhandlungen vor dem Dortmunder Stilllegungsausschuß sollen in diesen Tagen stattfinden.

Reichspostbericht Juli bis September 1928. Die Reichspost hat im zweiten Quartal ihres Geschäftsjahres 543,7 Millionen Mark Einnahmen und 542,9 Millionen Mark Ausgaben festgesetzt. Die Steigerung des Postanweilungs-, Zahlarten-, Zahlungsanweilungs- sowie des Postautrags- und des Rechnungserkehrs hat angehalten. Die Zahl der Postbediensteten ist bei 169 Millionen Buchungen über 36,2 Milliarden Mark — davon 80 Proz. bargeldlos — um 6200 auf 943 174 gestiegen. Die Zahl der Fernsprechstellen stieg um 34 000 auf 2,86 Millionen, der Sprachverkehr hat zugenommen. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer hat sich auf 2 334 253 erhöht.

Verdoppelte Werkzeugmaschinengewinne. Die Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister u. Co. in Bielefeld hat nach Abzug aller Unkosten ihre Fabrikationsgewinne im Betriebjahre 1927/28 mit 347 000 Mark mehr als verdoppeln können. Die Dividende, die in den letzten beiden Jahren 5 Proz. betrug, wurde auf 7 1/2 Proz. heraufgesetzt. Der Umsatz erhöhte sich im Berichtsjahr um etwa 45 Proz., etwa ein Drittel der Produktion wurde vom Ausland aufgenommen. Auch in dem seit 1. Juli laufenden neuen Geschäftsjahre war das Werk voll beschäftigt und bis zum Ende des Jahres einen sicheren Auftragsbestand



Erhalten Sie Ihre Wollsachen warm und mollig, die zarten Fädchen bleiben weich und locker mit

LUX
SEIFENFLOCKEN
Sunlicht-Gesellschaft A.G., Mannheim



Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Georg Ewald** geb. 10. Januar 1874, am 14. November 1928 gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Sonntag, dem 17. November, abends 8 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Riebelstraße, statt.
Nege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf
Fernst den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **August Klein** geb. 12. Januar 1883 am 9. November 1928 gestorben ist.
Die Einäscherung hat bereits am Mittwoch, dem 14. November, im Krematorium Gerlichstraße stattgefunden.
Eure Ihrem Wahnheit!
Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., d. 17. 11. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 140 19 Uhr Boris Godunoff	Sonnab., d. 17. 11. Städtische Oper Bismarckstr. Turnus IV 19 1/2 Uhr Don Carlos
Staats-Oper Am P.O.A. Reuhl. A.-V. 78 20 Uhr Salome	Staatl. Schauspielh. Am Siedemannmarkt A.-V. 204 20 Uhr Gespenster

Staatl. Schiller-Theater, Charlitzbg.
13 1/2 Uhr: **Wallenstein's Lager.**
Die P. colonial.
20 Uhr: **Hinterhauslegende.**

SCALA
8 Uhr 8 S. Barbaressa 9256
Jack Hylton, der unumstrittene Jazz-König Europas, mit seinen 15 Solisten und weitere zum ersten Male in Berlin auftretende internationale Stars.
Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen
4.30 u. 8 Uhr. — 5.30 zu ermäßig. Preisen das ganze Programm.

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Friederike
Musik von Franz Lehar
Käthe Dorsch
Richard Tauber
Silbe Horner • Welpermann
Kenscheit • Sternburg
Dora Weg • Hamburg • Koller • Sig
Die Rolle ist den ganzen Tag geöffnet.
Telephon: Zentrum 378 u. 9293

Großes Schauspielhaus 8
CASANOVA
mit Michael Bohren. Regie: Charel
Sonntag 8 1/2: Nachmittags-Vorstellung z. halb. Preisen (ungekürzte Vorst.)

Komische Oper 8 1/2
James-Klein-Revue:
Tausend nackte Frauen!
Die große Revue der „Freien Liebe“
Sonntag 3 1/2 Uhr
Vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen
Parkett nur 4,50 Mk.

CIRCUS BARUM
Berlin Christianiastrasse
Ecke Kolonnenstr.
Täglich 8 Uhr.
Ein Circus-Programm wie es der Berliner sehen will.
Sonntags 2 gleich große Vorst. 3 und 8 Uhr.
Kinder-Nachmittags-Vorstellung halbe Preise.
Sonntags von 10-11 Uhr öffentlich. Probe mit Konzert.
Stahl-Besichtigung und Tierschau.

Volksbühne
Theater am Blüchplatz
8 Uhr
Der lebende Leichnam
Theater am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper
Thalia-Theater
8 Uhr
Schneider Wibbels Auferstehung
Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Hinterhauslegende.

Th. am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper
Paulsen, Valetti, Ander, Gerson, Schaufuß, Köhl, Lenja.
Telephon: Nordsee 1161 u. 281
Vorverkauf auch im Pavillon d. Feinbar d. Bühnen, Körferstraße 44a, Ecke Uhländerstraße Bismarck 448 u. 449
Deutsches Theater
Norden 12 310
RU. Ende nach 10 1/2
Die Verbrecher
Schauspiel von Ferdinand Brückner
Regie: Heinz Hilpert
Kammerspiele
Norden 12 310
8 1/2 Uhr. Ende geg. 10
„Eben werden im Himmel geschlossen!“
Komödie von Walter Hasenclever
Regie: Forster Larrinaga.

Die Komödie
Bismarck 2414/2816
8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2
Eltern und Kinder
Komödie von Bernard Shaw
Regie: Heinz Hilpert
HALLER-REVUE
„Schön und schick“
Th. im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
2 Vorstellungen
10 1/2 u. 8 1/2 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr. In der Halle. In beiden Prisen

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Josephine Baker
in der neuen Revue
Mus. v. Fr. Holländer
mit **Hal Sherman.**

Barnowsky-Bühnen
Th. Königsplatz, 51.
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Frauenarzt
Schauspiel von Hans J. Rehfisch
Stg. nachm. 3 1/2 Uhr
Kleine Preise
Der rote General
Komödienhaus
Tgl. 8 1/2, Ende 10 1/2
Perlenkomödie
von Bruno Frank
Stg. nachm. 3 1/2 Uhr
Kleine Preise
Mein Vater hat Recht gehabt

Trianon-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Ehre
Rundfunkhörer halbe Preise
Sonnabend und Sonntag 4 Uhr
Struwwelpeter
Sally-Trauer
Drs. Künstler-Th.
8 Uhr
Die Herzogin von Chicago
Drs. von Emmrich Kautz
Lessing-Theater
8 1/2 Uhr
Alb. Rassermann, Lucie Mannheim
„Herr Lambertlied“
Drama von Louis Verneuil.

Th. in der Lützowstr.
Kurt. 9209.
Tgl. 8 1/2, Sonnt. 4 u.
L. M. Lommel
in:
„Rundkinder auf Welle 0,5“
Lustspielkomödie
halbe Preise
Sonnabend 4 Uhr
Klein Rockpack.

WALHALLA-THEATER
14 Varieté-Attraktionen und Tanz, abends 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lothlager Straße 37.
Nur noch wenige Aufführungen.
Stöpsel
Dazu ein ersklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutschein für 1-4 Pers. Pauteul nur 1-15 Mk., Sessel 1,65 Mk., Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 Mk.

Renaissance-Theater
8 1/2, Heute 8 1/2
Ton in des Töpfers Hand
von Theodore Dreiser. — Deutsch von Paul Eser. Regie: Gust. Hartung.

Winter Garten
Tägl. 8 Uhr
1 Runaways neueste amerikanische Excentric-Sensation und weitere Varieté-Neuheiten.
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
3,30 und 8 Uhr
3,30 kleine Preise
Rauchen gestattet

Thalia-Theater
Bresdener Str. 72-73
8 Uhr
Schneider Wibbels Auferstehung
Kendalk. Grotzitzki.
Theater am Nollendorfplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
Wiener Blau
Oper v. Joh. Strauß
Sonnabend 4 Uhr
Das neugierige Sternlein

„Lustspielhaus“
Friedrichstr. 236
Bergmann 2923/24
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Zugstück von Berlin
Arm wie eine Kirdienmaus
Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
in:
Der Dickkopf
Suedröck, Lenda, Sterler, Siska.
Planetarium am Zoo
Kaiser-Jubiläumstag
Noch 1575
10 Uhr
Der Sternhimmel im Winter
18 Uhr
Erde und Weltraum.
20 Uhr
Sonne u. Sterne

Theater in der Stadt
Königsplatz 37
Dönh. 919. 8 1/2 Uhr
Ueber 300 Mal: Spiel im Schloss
Inszeniert von Franz Kaiser,
Regie Eugen Robert
Karl Hartung, Paul Max, Ullrich, Leon-Jäger, Thier, Traubold.
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr
zu kleinen Preisen von 30 Pf. bis 3 Mk.
Spiel im Schloss
Inferieren
bringt ERFOLG!
Theater a. Kottbusser Tor
Kottbusser Str. 6. Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)
Elite-Sänger mit „Dietrich, benerrsche Dich!“
Waldensmarkt
Stammisch „Hutlos“
Volkspreise: Mk. 0,50 bis 2,00, Logen 2,50
Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonnt. nachm. 3
Stettiner Sänger
Neu! Neu!
Hamlet im Heringsladen
Barietke v. Meyzel
Jachn, halbe Preise, volles Progr.
VORHÖR, VORSTELLUNG
Varieté — Konzert — Tanz.

Rose-Theater
De. Frankfurter Str. 113
4 Uhr
Aschenbrödel
8 1/2 Uhr
Der Verschwander
Gültungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachzahlung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr als Spezialität.
Conrad Müller
Leipzig - Schmeuditz

Innungskrankenkasse der Juweliere, Gold- und Silberschmiede (Zwangsinnung) zu Berlin
Einladung zur ordentlichen Auswählung
am Montag, dem 26. November 1928, abends 7 1/2 Uhr, im Innungshaus der Friseur, Berlin, Dönh. 2.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung des Verwaltungsrates über den letzten Rechnung
2. Voranschlag für das Jahr 1929.
3. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1928.
4. Beschlußfassung über das Abkommen zum Austausch freier Rosenmitglieder.
5. Änderung der Dienstordnung.
6. Verschließenes.
Um pünktlichen und zahlreichen Besuch Der Vorstand.
Rag Mor., Hugo Herr, Schriftführer.

Soeben erschienen! Soeben erschienen!
Adolph Hoffmanns Erzählungen
Gesammelte Erinnerungen aus Sozialistengesetzlicher Zeit mit Anhang
200 Seiten stark auf Holztr. Papier in Ganzleinen geb. mit Titelprägung
3.— RM.
Bes. geeignet zu Geschenkzwecken
Selbstverlag von Adolph Hoffmann
Berlin O 17, Koppenstraße 6 II
Bestellungen nehmen alle Vorwärts-Büchereien entgegen
Stettin, den 14. November 1928
Der Stadtverordneten-Vorstand
Dr. Thron.



VATER UND SOHN

sind beide — in unserer heutigen Zeit — darauf erpicht, zu wissen, „was los ist“ — gleichermaßen bereit, das auszunutzen, was ihnen Vorteile bringt.

Das ist zweifellos der Grund für den ungewöhnlich schnellen Aufstieg, den unsere Abteilung **Herrn-Kleidung** in kurzer Zeit genommen hat:

Denn wie vorteilhaft es ist, Herren- und Knaben-Kleidung jeder Art bei uns zu kaufen, das hat sich schnell herumgesprochen, und schon heute rät einer dem anderen:

Königstraße 33 **Chausseestr. 113**
Am Bahnhof Alexanderplatz **Beim Stettiner Bahnhof**



Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Wie denkt Ostpreußen?

Die Antwort vom 20. Mai.

Das wichtigste Argument der Anhänger des Panzerkreuzers geht bekanntlich dahin, daß dieses Schiff notwendig wäre, um im Kriegsfall die Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich zu sichern. Diese Behauptung ist in der Reichstagsdebatte mit besonderem demagogischen Talent vom deutschnationalen Redner Trautmann entwickelt worden. Genosse Weiss war ihm im voraus entgegengetreten durch den Ruf nach einer tatkräftigen Steuergesetzgebung in Ostpreußen, bei der die Willkür, die nun für das Manöverpielzeug verschleudert werden sollen, eine unerbittlich wirksamere und nationalere Verwendung finden würden.

Aber wie denken die Ostpreußen selber darüber? Gerade dort ist im letzten Wahlkampf der Kampf um den Panzerkreuzer naturgemäß eine besondere Rolle gespielt. Wenn irgendwo, dann hätte das demagogische deutschnationale Argument der „Preisgabe Ostpreußens“ durch Verweigerung des Ersatzkreuzers wirken müssen. Nun lassen wir die Zahlen sprechen?

	Reichstagswahl Dez. 1924	Reichstagswahl Mai 1928
Deutschnationale	302 309	309 037
Sozialdemokraten	208 415	263 686

Interessant ist übrigens, daß im Gegensatz zu allen übrigen Wahlkreisen, wo sich die Zahl der Wahlberechtigten vergrößert hat — zum Teil um Hunderttausende von Stimmberechtigten — im Wahlkreis Ostpreußen die Zahl der eingeschriebenen Wähler fast invariabel geblieben ist: Dezember 1924: 1310 378, Mai 1928: 1312 881. Ein Beweis dafür, daß die schändlichen Wohn- und Wohnverhältnisse in Ostpreußen auf den deutschnationalen Großgrundbesitzern gehörenden Gütern die deutschen Arbeiter zur Verweigerung und Auswanderung treibt, während die billigeren und anspruchsloseren polnischen Landarbeiter von den Schwarzweiskrotten Junkern mit Freuden aufgenommen werden. So wird in Wirklichkeit Ostpreußen von den Panzerkreuzerparteiern geküßelt.

Zum Fall Beck.

Eine Erklärung der Justizpressestelle Köln.

Zu der Mitteilung über den Fall Beck wird uns von der Justizpressestelle Köln folgendes mitgeteilt:

Die Mitteilung im „Vorwärts“ vom 10. November entspricht insofern nicht den Tatsachen, als der darin genannte Karl Beck nicht wegen einfacher Beleidigung seiner Schwiegermutter unter Anklage stand, sondern wegen Vergehens gegen § 187 Str.O.B. (verleumdende Beleidigung), worauf Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren steht.

In der Hauptverhandlung, die inzwischen am 10. November vor dem Kölner Schöffengericht stattgefunden hat, ist Beck auch wegen dieses leichten Vergehens zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt worden, die durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurde.

In dieser Strafsache war bereits im Jahre 1925 Haftbefehl und Suchvermerk (nicht auch, wie angegeben, ein Steckbrief) gegen Beck erlassen worden nachdem er sich zweimal seiner verantwortlichen Vernehmung entzogen hatte und bei seinem Vollzeiterwerb seit Ende Juni 1925 als nach unbekannt verzogen abgemeldet worden war. Seine Verhaftung war daher sowohl auf Grund der gesetzlichen Vorschriften, wie auch nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse gerechtfertigt.

Der Warschauer Duellstimm.

Sie wollen den Außenwusch bespottieren.

Warschau, 16. November. (Df-Expresz)

Der Duellstimm und das Gespött über die Stellung zum Duell steht im Sejm immer weitere Kreise. Die Regierungsfraktion erhebt die Frage, ob die Fraktionsmitglieder an den Beratungen des Sejmanschlusses für auswärtige Angelegenheiten überhaupt noch teilnehmen könnten, nachdem der Vorsitz im Ausschuss zeitweilig dem Sozialdemokraten Riedziakowski übertragen worden ist. Dessen ablehnender Standpunkt zum Duell im Konflikt mit Oberst Skawet der Regierungsfraktion „unmöglich“ erscheint. Die Fraktion beschloß denn auch den Sejmanschlus zu bespottieren, solange Riedziakowski den Vorsitz führt.

Genosse Dr. Marek schwer erkrankt.

Der Vorsitzende der Parlamentsfraktion der polnischen Sozialistischen Partei, Abg. Dr. Marek, erlitt einen Schlaganfall, der eine halbseitige Lähmung des Körpers zur Folge hatte. Der Gesundheitszustand Mareks gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Die Mißhandlung der Minderheitsvölker.

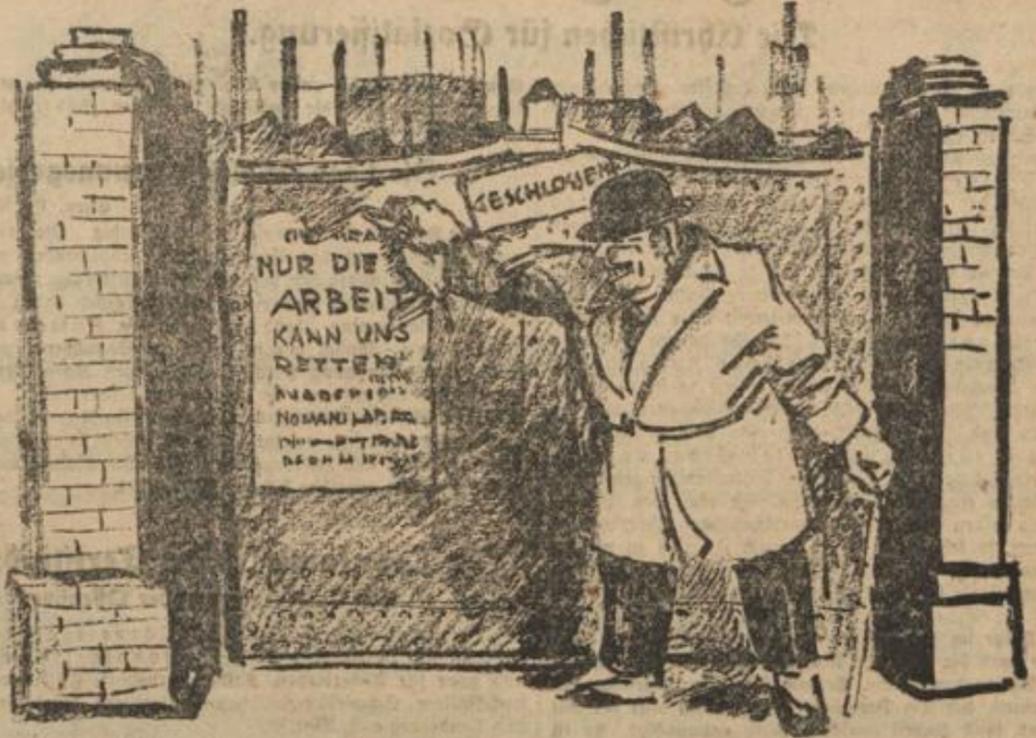
Im Sejm griff der Bauernabg. Dombiski zunächst das Steuerwesen der Regierung an und verwahrte sich dann gegen jenes Interim-Büchlein, in dem die Volksvorrede eine Dirnenbande genannt wurde. Wenn der Sejm schlicht sei, dann solle die Regierung ihn auflösen. Wenn er sich aber ungestraft beleidigen lasse, so wäre er eine feige Gesellschaft.

Der ukrainische Abg. Waczynski sprach gegen die Unterdrückungsmethoden der Regierung. Dem anwesenden Innenminister wies er Terrorisierung der nichtpolnischen Völker aus. „Wenn Ihr glaubt, so ruht er, mit Gewalttaten etwas ausrichten zu können, so schlagt nur zu!“ Dieser Schrei wird von den Ukrainern aller Parteirichtungen mit starkem Beifall begrüßt. Der Redner fährt fort: „Die Bedürfnisse des ukrainischen Volkes sind in dem neuen Haushalt vollkommen übergegangen worden.“

Ausere Unvorsicht sind die polnischen Gefängnisse, aus denen die Baumeister der künftigen unabhängigen Ukraine hervorgehen werden.

Sämtliche kulturellen Errungenschaften, die der ukrainischen Bevölkerung in österreichischer Zeit eingeräumt worden sind, sollen die polnische Regierung aufgehoben. Der Kosak-Rufstand ist nur eine Tarnung zugrundebegangen, weil er zwei fremde Völker seinen Staatskörper aufgenommen hat. Polen, das viele Millionen Ukrainer mit Gewalt innerhalb seiner Grenzen hält, kann es ihnen nicht geben.“ Der Redner schließt unter dem begeisterten Beifall der 45 ukrainischen Abgeordneten in der Hoffnung, daß bald die Sonne über einer unabhängigen Ukraine aufgehen werde. Als dann ein Kommunist das Wort erhielt, verließen die Minister den Sitzungssaal. Auf den Bänken des Regierungsblocks entstand ungeheurer Krach, von Pulverdetonationen begleitet. Der Redner wurde schließlich gezwungen, abzutreten. Am Vortage der Jahreshfeier der Wiedererrichtung Polens schied der Bürgermeister von Bielski vom schlesischen Wojwodenschaftsamt in Schanden, in dem „empfindlich“ wird, zwölf leitende Beamte des Bielsker Magistrats, fast durchweg Deutsche, in den Ruhestand zu versetzen.

!ns rrdn Schlampererei.



Der Ruhrindustrielle: „Verdammte Schlampererei! Da klebt noch immer ein Plakat aus der Inflationszeit.“

Die Tagung der Landgemeinden.

Deutschnationale Misttöne.

Die gestrige Plenarsitzung des Landgemeindetages brachte auch das Referat des Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden, des Landrats a. D. Dr. Gerede, der früher als deutschnationaler Abgeordneter dem Reichstage angehörte. Seine Ausführungen standen zum Teil in bewusstem Gegensatz zu dem Referat Dr. Luthers. Sie erhielten aber in dieser Versammlung mindestens den gleichen Beifall. Daneben aber fiel insbesondere die außerordentlich fortwährende Form auf, in der Dr. Gerede sprach, wenn ihm daran lag, die preussische Regierung und zum Teil auch die Reichsregierung zu kritisieren. Unterstrichen wurde seine Abneigung gegen beide Regierungen noch durch den Ton, in dem diese Ausführungen gemacht wurden. Der Geist des Landgemeindetages aber wurde besonders dadurch gekennzeichnet, daß gerade diese Spitzen bei den Deutschnationalen und den ihnen nahestehenden Kreisen lebhaft Zustimmung erhielten. Die Begeisterung dieser Kreise ging so hoch, daß sie am Schluß der Plenarsitzung die Versammelten aufforderten, in ein Hoch auf den Redner einzustimmen.

Diese Art, über sachliche Dinge zu sprechen, hat bei einem Teil des Landkreistages erhebliche Mißstimmung erregt. Das kam in der Diskussion, die am Nachmittag im Reichswirtschaftsrat stattfand, zweimal in sehr deutlicher Weise zum Ausdruck.

Bürgermeister Kigel, der zunächst als Sprecher des hessischen Landgemeinerverbandes das Wort erhielt, rügte in scharfer Form den Ton, den der Präsident des Landgemeindetages am Vormittag angeklungen hatte. Er erklärte, daß er nicht der Meinung sei, daß eine solche Art dazu beitrage, die Beziehungen der Landgemeinden zu Reich und Staat zu fördern.

Herr Dr. Gerede wußte sich veranlaßt, daraufhin sofort das Wort zu nehmen und sich gegen die ihn erhobenen Vorwürfe zu wehren. Und nun zeigte er, daß er befähigt ist, auch in durchaus anderer Form zu sprechen, und man darf annehmen, daß ihm die jetzt von ihm gewählte gemäßigtere Art nach aus der Zeit geflüchtet ist, da er unter dem alten Regime Landrat war. Er erklärte, daß die Beziehungen, die zwischen ihm und damit zwischen den von ihm vertretenen Organisationen und der preussischen sowie der Reichsregierung die besten seien. Er hob insbesondere die Bereitwilligkeit hervor, mit der die zuständigen Minister des Reiches und Preußens der Aufforderung, bei den großen Veranstaltungen der Landgemeinden zu erscheinen, gefolgt seien.

Aber unter dem Beifall eines großen Teils der Versammelten konnte ihm am Schluß der Diskussion Bürgermeister Kähler sagen, daß es nicht darauf ankomme, daß sich dieser oder jener Minister durch die Ausführungen Dr. Geredes verletzt fühle oder nicht, daß es vielmehr eine Tatsache sei, daß ein großer Teil der Delegierten sich beleidigt fühle, wenn auf solchen Tagungen von der Arbeit sozialistischer Minister in besonders verletzender Form gesprochen werde. Er ersuchte dringend, im Interesse der von den Landgemeinden zu lösenden Aufgaben und auch im Interesse der Erhaltung der großen Spitzenorganisationen in Zukunft die Gefühle der sozialistischen und republikanisch eingestellten Delegierten zu achten.

Es ist ja bekannt, daß die Stärke der Reaktion der Deutschen Republik in den Landkreisen steigt. Um so erfreulicher war es, daß in der Diskussion diese Kritik an dem Referat des Vorsitzenden zum Ausdruck kam. In der Diskussion wies insbesondere Bürgermeister Kigel auf die Not der Gemeinden hin, deren kultureller und sozialer Stand himmelweit von den Zuständen in Mittel- und Großstädten entfernt sei. Gas, Wasser, Kanalisation, Elektrizität sind in Tausenden von Gemeinden unbekannt, in hygienischer und sozialer Beziehung läßt es außerordentlich trübe aus. Es sei Tatsache, daß ein großer Teil der Kreismagistrate nicht mehr für die Schulbildung der neuen Generation sorgen könne. Es sei ein Unfug, das Lob der Selbstverwaltung zu singen, wenn diese Selbstverwaltung praktisch nicht verwirklicht werden könne.

Für den württembergischen Verband trat Direktor Schmied für die vom Vorstand vorgelegte Entschliessung ein. Bürgermeister Heuchel erklärte für den Verband Thüringen die Zustimmung zur Vorstandsentschliessung und führte insbesondere aus, daß man sich dagegen wenden müsse, den Ausbau der Wohlfahrt auf Kosten der Gemeinden zu fördern. Eingemeindungen könnten nur von Fall zu Fall und nicht durch ein einheitliches Gesetz geregelt werden. Der bayrische Verwaltungsdirektor Thoma sprach sich ebenfalls für die Entschliessung des Vorstandes aus und sagte dann, daß man

hier in Berlin von ihm keine Polemik gegen den Unitarismus erwarten sollte. Das besorge der bayrische Ministerpräsident viel besser. Im Namen des sächsischen Verbandes sagte Dr. Raumann, daß er zwar mit der Entschliessung nicht in allen Punkten einverstanden sei, aber ihr trotzdem zustimmen werde. — Die

Entschliessung

fordert für die Landgemeinden die Stärkung und Festigung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts. Sie lehnt eine zentralisierende Reichsbureaucratie ab. Auch der Gedanke einer reichsgegliederten Regelung des Gemeindeverfassungsrechts, die die Sonderverhältnisse der Länder nicht berücksichtigt, sei abzulehnen. Die durch den Reichsinnenminister Severing geschlossene Kommunalkommission, in seinem Ministerium wird begrüßt, wenn sie dazu beiträgt, die Zuständigkeitsverteilung zwischen Reich und Ländern im Interesse der Gemeinden zu sichern. Des weiteren begrüßt die Entschliessung den Beschluß der Länderkonferenz vom 24. Oktober d. J. über die Aufrechterhaltung und Bildung von leistungsfähigen Ländern. Die Landgemeinden müssen es jedoch ablehnen, daß Gebietsanteile, die eine besonders teure Verwaltung haben, und deren Bevölkerung keinen Willen zum Eigenleben hat, künstlich aufrechterhalten werden. Der Reichsfinanzausgleich soll insbesondere die finanziell schwachen Gemeinden berücksichtigen. Die Wiedereinführung eines kommunalen Zuschlagsrechts wird bis auf weiteres abgelehnt. Die Sentung der Reichsstaaten dürfe sich nicht zumungunsten der Gemeinden auswirken. Die Landgemeinden fordern weiter, daß sie ohne Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl bei den Veranlagungen in den Steuerauslässen mit beschließender Stimme vertreten sind. Endlich begrüßt es der Landgemeindetag, daß auf Grund des § 8 des Reichssteuerabgabengesetzes vom 10. August 1925 endlich diejenigen Gemeinden entschädigt werden, die durch den Fallfall der Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die bisher von den Reichsbetrieben zu zahlen war, benachteiligt wurden.

Diese Entschliessung wurde mit 578 gegen 207 bei 45 Stimmenthaltungen angenommen. Ein Zusatzantrag, der die Kompetenzkompetenz ablehnt, fand mit 447 gegen 383 Stimmen ebenfalls Annahme.

Mitte Dezember in Berlin.

Zusammentritt des Sachverständigenausschusses.

Paris, 16. November. (Eigenbericht)

Poincaré empfing am Freitag den englischen Botschafter Sir William Ingeil zu einer längeren Aussprache über das Sachverständigenkomitee. Man rechnet in hiesigen politischen Kreisen nunmehr bestimmt damit, daß das Komitee etwa Mitte Dezember, und zwar in Berlin, zusammentreten kann.

Beschliche Sowjetrichter.

Eine ganze Anzahl hart verurteilt.

Nach 19tägiger Verhandlung fand in Astrachan ein Sensationsprozess seinen Abschluß. 13 Angeklagte, darunter der Vorsitzende des Bezirksgerichts, drei Mitglieder dieses Gerichts und drei Volksrichter (Amtsgerichtsräte) bekamen wegen einer Reihe von Unvorsichtigkeiten zu verantworten. Der Vorsitzende hatte sich durch Besprechungen dazu bewegen lassen, Angeklagte freizulassen und Vollstreckungen von Urteilen zurückzustellen. Fast Tag für Tag gab es Saufgelage und Orgien. Einige der Richter gingen sogar so weit, daß sie Frauen, die sich an sie in Gerichtssachen wandten, zum Geschlechtsverkehr zwangen.

Das Gericht verurteilte den Vorsitzenden des Bezirksgerichts zu zehn Jahren Gefängnis, einen Stellvertreter zu acht Jahren, die Volksrichter sowie einen Untersuchungsrichter zu je zehn Jahren und eine Reihe Kaufleute zu Gefängnis von zwei bis fünf Jahren. (Jawelska.)

Der altrussische Volksgesetzgeber hat die Begnadigung von vier zum Tode verurteilten Rebellen, die verschiedene Raubüberfälle begangen hatten, abgelehnt. Nur eine minderjährige Verurteilte wurde zu fünf Jahren Gefängnis begnadigt. Die anderen drei, darunter eine Frau, sind bereits erschossen. (Rote Zeitung.)

